

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Einnummerndes: Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonsgelbe oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Lehren von Barcelona und Schweden.

Amnen-Dertel hält wieder mal die Zeit für gekommen, durch einen mit der bekannten Stagnation gezeichneten Artikel das Schreckgespenst der krachenden Throne heraufzubeschwören, das die Agrarier in der Zirkus-Busch-Versammlung so schauerlich an die Wand gemalt hatten. Die Herren Agrarier wußten damals ganz genau, weshalb sie den Schrecken der Revolution mit so blutroten Tinten zeichneten. Sie waren schon damals entschlossen, bei der Reichsfinanzreform nicht ein Titelchen von ihren Vorrechten preiszugeben. Weber die Branntweinliebhaber noch das Agrarierprivileg auf Steuerhinterziehung. Ganz offen drohten sie damals den Ministern, sowohl dem Fürsten Willow als auch dem preussischen Landwirtschaftsminister und anderen, mit ihrem vernichtenden Zorne, wenn ihren Ansprüchen nicht nur bei der Finanzreform, sondern auch auf dem Gebiete der inneren preussischen Politik, in der Wahlrechtsfrage, in volstem Umfange Rechnung getragen werde. Sie haben ihre Drohungen redlich gehalten. Sie haben den Fürsten Willow unerbittlich über die Kräfte springen lassen, obwohl sie die Verdienste des „agrarischen Kanzlers“ um die agrarische Reaktion sehr wohl zu schätzen wußten. Die Gefahr einer stärkeren Veranzugung des junkerlichen Besitzes ist damit einstweilen beseitigt. Vorhanden dagegen ist noch die Gefahr der preussischen Wahlreform. Als so zweifelhafter Freund einer Wahlreform, die diesen Namen auch nur von Ferne verdient, auch der neue Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, bekannt ist, so ist doch der Haß der Junker selbst gegen eine Reform nach sächsischem Muster ein so fanatischer, daß die Herren Agrarier abermals zu dem Schreckmittel der krachenden Throne greifen zu müssen glauben, um durch Einschüchterung der Krone die preussische Wahlreform noch kläglicher zu gestalten, als sie nach deren Intentionen und dem berüchtigten Programm Bethmann Hollwegs ohnehin ausfallen würde.

Barcelona und der schwedische Massenstreik müssen also herhalten, um den Herrschenden in Preußen Deutschland Furcht und Abscheu vor den proletarischen Massen einzuflohen und sie noch mehr in die Arme des Junkertums und des verjunkteten Militarismus zu scheuchen. Die Vorgänge in Barcelona werden nicht nur als eine „wilde und wüste Empörung“, eine „bewußte und mit allen Mitteln arbeitende Auflehnung des Pöbels gegen die Ordnung“ bezeichnet, sondern es wird auch die liberale Presse geschmäht und heruntergeputzt, weil sie sich revolutionären Verwüchsen gegenüber die der gesamten staatsbehaltenden Presse gezielte „geschlossene Einmütigkeit der Abwehr“ habe vermissen lassen. Namentlich das „Berl. Tageblatt“ wird mit den heftigsten Vorwürfen überschüttet, weil es die Vorgänge in Barcelona mit den dort herrschenden Verhältnissen zu entschuldigen sich nicht scheut habe.

Welche Verhältnisse immer geherrscht haben möchten — auch die liberale deutsche Presse habe die verdammte Pflicht gehabt, die Empörung schlechterdings als „Brand- und Mordwerk“ zu verurteilen. Herr Dertel gibt dann gleich einige Beispiele, wie sich die liberale Presse hätte äußern müssen. Auch die von den Rüstern betriebene industrielle Schmutzkonzurrenz, die das hungernde Proletariat, speziell die Proletarierinnen, vollends um die ohnehin jämmerliche Existenz bringt, vermöge die Teilnahme der Frauen an dem Rüstertum nicht im mindesten zu entschuldigen. Vielmehr hätten die revolutionären Weiber in Barcelona nur wieder einmal die Wahrheit des Wortes bewiesen, „daß, wenn die Glocke der Empörung durch das Land heult, Weiber zu Helden werden und mit Entsetzen Scherz treiben“. Die Aufständischen sollten Mäßigung bewiesen haben? Seien nicht von den Empörern achtzehn Personen getötet und hundertfünfzig verwundet worden? Daß das Militär und die Polizei diese Verluste erst erlitt, als es zu den brutalsten Füßballen gegen die Massen schritt und das furchtbarste Blutbad selbst unter Wehrlosen und ganz Unbeteiligten angerichtet hatte, verschweigt Amnen-Dertel natürlich.

Gleichgültig ist ihm die entsetzliche politische Korruption Spaniens, gleichgültig die entsetzliche Ausplünderung der Massen durch eine Riesenarmee schmarotzender Pfaffen, gleichgültig ist ihm, wie das soziale, so auch das kulturelle Elend des geknechteten, niedergedrückten und gewaltsam verblödeten Volkes. Die Ursachen für die Erhebung spielen für die „Deutsche Tageszeitung“ nicht die geringste Rolle. Ebenso wenig die von den einwandfreien Zeugen bestätigte Tatsache, daß angeht des Mordes von Schuld der Reaktion, hier speziell des Klerus, die Ausbrüche der Rache und der Verzweiflung des Volkes noch überaus maßvoll gewesen sind. Für das Junkerorgan ist jeder Akt der Volksnotwehr der „Gipfel der revolutionären Frechheit“. Die „Deutsche Tageszeitung“ schiebt ihre Strafpredigt gegen die „allzu objektive liberale Presse mit den Worten:

„Unsere Zeit ist von revolutionärem Dunst geschwängert. Der Mangel an Ernst, der bei solcher Berichterstattung zutage tritt, ist lediglich anelant, wie der Funke im Pulverfaß zu wirken. Wer

solchen Mangel an Ernst öffentlich bekundet, der fördert die Empörung, der ist ein Schrittmacher der Revolution.“

Gilt der Verzweiflungsausbruch in Barcelona Herr Dertel als revolutionäre Frechheit, so nicht minder der beispiellos friedliche Massenstreik in Schweden. Die Besonnenheit der Streikenden in Schweden vermag selbst ein Dertel nicht zu leugnen. „Was will das aber sagen? Diese Mäßigung lag in ihrem eigensten Interesse. Und ist nicht der Massenstreik als solcher schon eine Maßlosigkeit des ersten Ranges?“ Jeder Massenstreik sei ein Gewaltmittel. Denn auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena sei von allen Seiten zugestanden worden, daß hinter dem Massenstreik die blutige Revolution lauere. Vorläufig eine Entstellung der Massenstreikdebatte, die selbst für einen Dertel alles mögliche darstellt. Das Junkerorgan greift denn auch die schwedische Regierung heftig an, weil sie eine so große Schwäche bewiesen habe. Und dann folgende nicht nur an die Adresse des Liberalismus, sondern vor allen Dingen an die Regierung gerichtete Schlussfolgerung:

„Wir fürchten, daß uns ähnliche schwere Erschütterungen nicht erspart werden. Deshalb brauchen wir nicht mühsam zu sein. Es wird dafür gesorgt werden, daß die rotblühenden Bäume der Revolution nicht in den Himmel wachsen. Wir werden aber die Gewalten, die sich gegen die geordnete Ordnung aufhäufen, nicht überwinden können, wenn wir fortfahren, die schwersten Dinge mit unbegreiflicher Leichtsinne zu betrachten, wenn wir in schlapper Weichheit die erforderliche ernste Entschiedenheit vermissen lassen.“

Herr Dertel mag glauben, durch seinen Artikel wieder einen Reizzug agrarischer Diplomatie getan zu haben. Aber seine Schreismittel sind denn doch ein wenig zu plump! Die Revolution in Spanien beweist vielmehr, daß auch das gefnebelte Volk sich erhebt, wenn der Uebermut seiner Unterdrücker allzu groß wird. Die spanische Erhebung zeigt ebenso klassisch wie die Revolutionen in Rußland, der Türkei und Persien, daß Brutalität und die Vorkerkhaltung von Bürgerrechten das denkbar schlechteste Mittel sind, die Herrschaft der Privilegierten dauernd zu sichern.

Auf der anderen Seite aber beweist der schwedische Massenstreik, daß auch der gewaltigste Machtkampf sich in den ruhigsten Formen abspielen kann, wenn auch die Herrschenden auf Brutalisierung im Geiste unseres ostelbischen Junkertums verzichten. Barcelona und Schweden zeigen also gerade der preussisch-deutschen Regierung, daß sie in ihrem eigenen Interesse, wie in dem der Nation handelt, wenn sie ihr Ohr den junkerlichen Scharfmachern verschließt, und dem preussischen Volke das Maß politischer Rechte einräumt, das ihm bei seiner Stärke und Kampfbereitschaft ohnehin nicht lange mehr vorenthalten werden kann.

Der Riesenkampf in Schweden.

(Von unserem nach Stockholm entsandten Korrespondenten.)

Stockholm, 18. August.

Wie bei der gegenwärtigen Lage des Kampfes vorausszusehen war, haben die Eisenbahner auf die allgemeine Arbeitseinstellung verzichtet. Die Dreidertelmajorität, die für einen gütigen Streikbeschluss nach ihrem Verbandsstatut erforderlich ist, kam bei der Abstimmung nicht zustande. Das genaue Ergebnis der Abstimmung der Öffentlichkeit ohne weiteres mitzuteilen, liegt keine Veranlassung vor. Der Grund, daß der Eisenbahnerstreik nicht zur Tatfache wird, ist aber, daß man ihn bei der außerordentlichen Einschränkung, die der Verkehr infolge des Massenstreiks so wie so schon erfahren hat, nicht mehr für zweckmäßig erachtet. Nach Berechnungen Sachverständiger liegt der Verkehr dermaßen daneben, daß auf den Staats- wie Privatbahnen kaum 25 Prozent des vorhandenen Personals notwendig wären, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, und unter diesen Umständen könnten sich die Bahndirektoren mit Hilfe der höheren Beamten, der Ingenieure usw. leicht über die größten Schwierigkeiten hinweghelfen, die die Arbeitseinstellung mit sich bringen würde. Daß die Eisenbahner Schwedens sich durchaus solidarisieren mit der kämpfenden Arbeiterschaft fühlen, daß sie es nun als selbstverständlich ansehen, die Streikenden so kräftig wie nur irgend möglich, finanziell zu unterstützen, daran ist nicht zu zweifeln. Diese Aufforderung richtet auch der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes an die Mitglieder und hebt dabei mit Recht hervor, daß die Eisenbahner im Vergleich mit dem, was die übrige Arbeiterschaft Schwedens in diesem Kampfe für Opfer bringt, sehr billig davontomme.

Der hier weilende Korrespondent des Christianaer „Sozialdemokraten“, Genosse Punterwold, hat auf Grund statistischer Zahlen Berechnungen über die Verluste angestellt, die Industrie, wie Handel, Verkehr und Eisenbahnen Schwedens durch den Massenstreik in seiner bisherigen Ausdehnung erleiden. Er ist für die Staats- und Privatbahnen auf die Summe von 3 Millionen Kronen Verlust an Einnahmen gekommen, wobei jedoch nur die ersten 10 Streiktage gerechnet sind. Jetzt müßte man also schon das Anderthalbfache annehmen. Den Verlust, den die schwedische Fabrikindustrie bereits in den ersten 10 Streiktagen erlitten hat, berechnet er auf gegen 50 Millionen Kronen, wobei der Wert der sonst pro Jahr produzierten Waren zugrunde gelegt ist. Die Handelsflotte hat in derselben Zeit schon 1 1/2 Millionen Kronen an Einnahmen aus dem Frachtverkehr eingebüßt. Die Schulden, die die Arbeitgebervereinigung infolge des Streikes bei den Ban-

ken innerhalb der 10 Tage gemacht hat, werden auf 8 Millionen Kronen berechnet, die Ausgaben des Staates für außerordentliche militärische Maßnahmen und dergleichen unnötige Aufwendungen aus Anlaß des Streikes auf 2 Millionen Kronen.

Diese Berechnungen können selbstverständlich nicht in jedem einzelnen Punkt als durchaus zutreffend angesehen werden. Sie sollen überhaupt auch nur als eine Wahrscheinlichkeitsrechnung gelten. In Wirklichkeit ist ja der Verlust, den das Unternehmertum, der Handel, der Staat, die Kommunen, überhaupt die Gesamtheit durch diesen ungeheuren wirtschaftlichen Krieg erleiden, unberechenbar. Die Geschäftsleute, Händler, Gastwirte, Hotelbesitzer, überhaupt jeder, dessen Verdienst von der jeweiligen Konjunktur abhängig ist, haben natürlich schwer unter diesen Zuständen zu leiden. Bei den Unternehmern wird es so gehen, wie bei jedem großen, langwierigen Streik: die Kapitalkräftigen werden die Kräfte überleben, während die kleineren und mittleren daran zugrunde gehen, daß sie der Ausperrungstaktik der großen Herren Weisfall gezollt haben und nun auch vom allgemeinen Streik betroffen sind.

Die gewaltigen Opfer, die die Arbeiterschaft in diesem Kampfe bringt, lassen sich natürlich auch nicht genau feststellen. Allerdings hat man ja in den Durchschnittslöhnen, multipliziert mit den Arbeitertagen, die verloren gehen, einen scheinbar ziemlich sicheren Maßstab. Man vergißt dabei jedoch, daß, wenn der Massenstreik nicht Tatfache geworden wäre, die Unternehmer entweder fortdauernd die Löhne herabgesetzt und die Arbeiter sich damit hätten einverstanden erklären müssen, oder daß sie andernfalls durch immer neue und größere Massenausperrungen ebensosehr geschädigt worden wären oder noch viel mehr.

Vorläufig sucht das Unternehmertum noch immer durch neue Nachrichten über Wiederaufnahme der Arbeit die Öffentlichkeit über die Lage des Kampfes zu täuschen. Viel Zuwachs haben aber „Hilbrandts schmutzige Demden“ — wie die Arbeiterschaft die am Haupte von „Stockholms Dagblad“ hängenden langen Lappen nennt — seit gestern nicht aufweisen können. Man hat wohl gemeint, daß die Öffentlichkeit sich doch nicht mehr an die schon zu oft als falsch nachgewiesenen Neuigkeiten über Arbeitsaufnahme täuschen läßt. Jener „Dagblads“-Redakteur Hilbrandt ist übrigens der Arbeiterschaft schon lange als einer ihrer größten Gegner bekannt, so daß sie so wie so schon alle Ursache hatte, alles, was von seiner Seite kommt, mit größtem Mißtrauen aufzunehmen. War er es doch, der voriges Jahr im Reichstag einen Antrag einbrachte, wonach derjenige, der andere in der Ausübung ihres Gewerbes oder Berufes durch öffentliche Mitteilungen oder dergleichen vorsätzlich schädigt, bestraft werden sollte. Damit sollten natürlich vor allem Aufforderungen zum Streik, Sperrnotizen, Warnungen vor Streikbrechern usw. getroffen werden. Wäre der Vorschlag Gesetz geworden, so hätten bei gerechter Anwendung jetzt allerdings auch die Unternehmer wegen ihrer auf Schädigung der Arbeiter berechneten Massenausperrungen bestraft werden müssen. Aber das lag sicherlich nicht in der Absicht des Antragstellers.

Es ist, trotz aller gegenteiligen Nachrichten, die das schwedische Unternehmertum im In- und Auslande verbreitet, durchaus nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiterschaft im ganzen Lande unerschütterlich im Kampfe ausharrt und noch lange nicht am Ende ihrer Kraft angelangt ist. Wer die schwedische Arbeiterschaft kennt, wer ihre großen und kleineren langwierigen Kämpfe miterlebt oder in zuverlässigen Mitteilungen Kenntnis davon erhalten hat, der weiß, daß dieses wohlorganisierte Heer der Arbeit eine Ausdauer und Festigkeit besitzt, vor der auch die härteste Unternehmerorganisation zurückweichen muß. Es ist jedoch keineswegs so, daß die Arbeiterschaft nicht jederzeit bereit wäre, einen ehelichen, ihre Rechte sichernden Frieden zu schließen. Dem entspricht auch die Haltung, die der Vorsitzende der Landesorganisation, unser Parteigenosse Lindquist, den Vermittlungsversuchen der Regierung gegenüber einnimmt. Heute geht hier eine Note durch die Presse, wonach der Staats-Vermittlungsmann Stabinstator Cederborg vor einigen Tagen an Lindquist eine Anfrage über eventuelle Verhandlungen richtete, und wonach dieser antwortete, daß man auf Arbeiterschaft jetzt wie immer verhandlungsfreundlich ist, unter der Voraussetzung, daß mit Vorschlägen über Verhandlungen keine unannehmbaren Verhandlungsbedingungen verknüpft werden. Genosse Lindquist hat mir heute persönlich erklärt, daß diese Note der Wahrheit entspricht, daß aber die von einigen Blättern daran geknüpften Bemerkungen, er habe vor 14 Tagen eine andere Stellung zu dieser Frage eingenommen oder damals gesagt, er hätte keine Zeit oder keine Veranlassung, sich dazu zu äußern, falsch sind. — Es ist ja auch selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft wie ihre leitenden Personen von Anfang an danach trachteten, diesen opferreichen Kampf so bald wie möglich zu gutem Ende zu führen. — Es mag hier auch nochmals gegen eine allerdings inzwischen widerzogene Unternehmerrhetorik hervorgehoben werden, daß alle Beamten oder Angestellten der Arbeiterbewegung im ganzen Lande für die Dauer des Generalstreiks kein Gehalt oder Lohn beziehen, obwohl sie in ihrer Stellung meist weit anstrengender zu arbeiten haben als sonst. Das war ja von vornherein beschlossen und wird gewissenhaft durchgeführt.

Als eine der Wirkungen des mächtigen Kampfes ist anzuführen, daß nun die Regierung die vor bald zwei Jahren eingeseht Kommission zur Vorbereitung eines Gesetzes über den Arbeitsvertrag auffordert, ihre Arbeiten so zu fördern, daß 1910 dem Reichstage ein Entwurf vorgelegt werden kann. Man will also offenbar so schnell wie möglich Gesetze schaffen, die ähnlichen Kämpfen wie den jetzigen vorbeugen sollen.

Der vierzehnte Streiktag ist genau so ruhig und entschlossen verlaufen wie die bisherigen. Im Unternehmerrlager dagegen beginnen sich nunmehr Strömungen bemerkbar zu machen, die ein schnelles Ende des Ausstandes herbeizuführen wünschen. Freilich die Großindustriellen, die das Fest in Händen haben und den verantwortlichen Leiter der Unternehmerrzentrale, den ehemaligen Polizeipräsidenten von Stockholm, stützen, halten es ihren Behauptungen nach noch aus. Sie sind es ja, die jene Taktik eingeschlagen haben, die jetzt mit schnellen Schritten große Teile der schwedischen Industrie ihrem Ruin entgegenzuführen muß.

Die wenigen Großindustriellen repräsentieren aber nicht die schwedische Industrie. Ueberdies sind auch unter ihnen Leute, die mit Besorgnis der Zukunft entgegensehen. Das Handwerk, die mittlere und kleine Industrie werden zudem sehr hart von dem Kampfe betroffen und viele sehen dem Ruin entgegen, der die Bankwelt schwer treffen muß.

Diese Wirkungen des Kampfes kann man auch aus dem Verhalten der bürgerlichen Presse deutlich genug ersehen. Die schwedischen Blätter, soweit sie in verkleinertem Format erscheinen, beginnen bereits zum Frieden zu mahnen. Nicht nur das Organ der freisinnigen bürgerlichen Schichten Stockholms, „Dagens Nyheter“, sondern auch andere Blätter mahnen zum Frieden, die ihren Leserkreis in der Großbourgeoisie suchen, legen eine bemerkenswerte Kampfmüdigkeit an den Tag.

Auch die Regierung will angeblich nicht länger stiller Zuschauer verbleiben. Sie wird von Unternehmerrkreisen zur Vermittlung gedrängt, hat aber anscheinend noch keine definitive Entscheidung getroffen. Wahrscheinlich sucht sie erst das Terrain zu sondieren. Ist ihr doch besonders aus dem Lager der Gewerkschaften zu Beginn des Kampfes zu verstehen gegeben, daß die Arbeiter an eine Unterwerfung unter die Forderungen der Unternehmer nicht denken. Heute haben sie, trotz ihrer feststehenden Friedensliebe erst recht keine Ursache dazu. Die Sammlungen im Auslande, verbunden mit den eigenen Mitteln, setzen sie in den Stand, den Kampf noch einige Wochen auszuhalten. Um so mehr als nur die Bedürftigsten unterstützt werden.

Von dem vorbereitenden Umschwung der Stimmung in Unternehmerrkreisen liest auch die deutsche Presse einen vollen Bericht. Noch bis Ende der vorigen Woche konnte man in deutschen bürgerlichen Blättern nur ausnahmsweise einen Bericht finden, der nicht die arbeiterfeindlichste Stimmung verriet. Von der reaktionären Presse ganz abgesehen, aber selbst Blätter wie das „Berliner Tageblatt“ taten ihr Möglichstes, die Ansichtlosigkeit des Kampfes für die Arbeiter zu „beweisen“. Die ganzen Schwindelnachrichten der Unternehmer wurden in der bürgerlichen Presse Deutschlands ohne Fragezeichen abgeladen, die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Ausständigen und ihre Streikmüdigkeit in hohen Tönen gepriesen.

Heute glaubt niemand diesen Nachrichten mehr. In der dritten Streikwoche ist zugestanden worden die Zahl der Ausständigen größer als in der ersten. Das läßt sich nun einmal nicht verkennen.

Zudem beginnt man auch in bürgerlichen Kreisen langsam einen Ueberblick über die ungeheuren Kosten des Kampfes zu gewinnen, die schließlich von den Gläubigern der kapital-schwachen Industrie bezahlt werden müssen. Der Umschwung der Berichterstattung der bürgerlichen Presse hat also ganz reale Unterlagen. Die Scharfmacherblätter freilich sind noch kampfsüchtig, aber schließlich müssen auch sie erkennen, daß sie auf verlorenem Posten kämpfen. Denn in Wirklichkeit ist der schwedische Kampf heute bereits für die Arbeiter gewonnen, möge auch der endgültige Friedensschluß aussehen wie er will. Je länger die Arbeiter den Kampf aushalten, ihn wie bisher führen können, je vorteilhafter für sie ist das endgültige Ergebnis. Aber die Frage, ob die Scharfmacher im schwedischen Unternehmertum ihre Ausperrungstaktik wie bisher fortführen können, ob sie die Massen der Unternehmer für die Zukunft darauf noch festlegen können, die ist bereits durch die Wucht des Ausstandes entschieden. Zum zweiten Male werden die schwedischen Scharfmacher in dieser leichtsinnigen und frivolen Weise mit der Generalausperrung nicht kommen können.

Aber gerade die Tatsache, daß diese Frage bereits entschieden ist zu Ungunsten des Unternehmertums, drängt die schwedische Arbeiterschaft dazu, den Kampf mit größter Energie fortzuführen, bis der Sieg endgültig errungen ist. Die Friedensbedingungen werden um so schwerer für die Unternehmer, je länger der Kampf andauert. Die Herren dürfen sich darüber nicht täuschen, daß eine hochentwickelte Arbeiterschaft mit so kampfsüchtigen Organisationen, wie die schwedischen, sich nicht zum Vergnügen einiger tonangebenden Scharfmacher wochenlang außer Lohn und Brot setzen läßt.

Diese Erkenntnis bricht sich auch in der bürgerlichen Presse Deutschlands immer mehr Bahn. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet denn auch seinem Blatte, daß er unter den Ausständigen auf seiner Reise von Kristiania nach Stockholm nur die eine Meinung vorfand, die nämlich, daß der Ausstand jetzt erst angefangen hat. In der zweiten Klasse der Eisenbahn redete man zwar davon, der Generalausstand sei schon gebrochen; ein Blick auf die stillliegende Industrie zeigte ihm überall auf der Reise das Gegenteil und in der dritten Eisenbahnklasse hörte er überall: es beginnt erst!

Der die schwedische Arbeiterschaft und ihre bisherigen Kämpfe kennt, weiß, daß sie einen einmal begonnenen Kampf auch zu Ende führt. Die Unternehmer haben es in der Hand, einen vernünftigen Frieden zu schließen; aber sie können auch einige Wochen warten, wenn sie dazu Lust haben. Daß für sie dadurch die Situation besser wird, können sie kaum noch erwarten.

Folgende Privatdepesche aus Stockholm meldet uns über die Lage vom Donnerstag folgenden:

Stockholm, den 19. August. Die Stockholmer Zeitungsverleger haben den Buchdruckerverband vor Gericht laden lassen; sie verlangen Schadenersatz für den ihnen durch die Teilnahme der Buchdrucker am Ausstand entstandenen Schaden.

Eine irgendwie nebensächliche Wiederaufnahme der Arbeit hat auch diese Woche nicht stattgefunden. Der Kampf nimmt wie bisher seinen ruhigen Fortgang.

Im Unternehmerrlager kämpfen zwei Strömungen um die Oberhand. Die Scharfmacher bevorzugen jedes Eingreifen der Regierung, während die Freunde des Friedens das vermittelnde Eingreifen der Regierung wünschen.

In einem neuen Manifest des Landessekretariats der Gewerkschaften wird an der früheren Entscheidung festgehalten, daß die Arbeiter der Strafreinigung die Arbeit fortsetzen sollen resp. dürfen.

Der Schwerpunkt des Kampfes liegt im Stillstand der ganzen Industrie des Landes.

Die Justizaktion der Zeitungsverleger wird an dem Ausstande nichts ändern, ebensowenig wie an der Teilnahme

der Buchdrucker an dem Streik. Zudem fehlt es auch im schwedischen Gesetz an einer Bestimmung über die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge — zum Glücke für die Unternehmerr, die sonst längst wegen größlicher Tarifbrüche hätten zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Festgenagelte Lügen.

Stockholm, 19. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die offizielle Statistik über die am 17. August im Generalstreik Ausstehenden hat die Summe von 284 000 ergeben. Mit einem Schlage ist damit die Lügenkampagne der bürgerlichen Presse über die umfangreiche Wiederaufnahme der Arbeit zerschlagen. Man sucht auf bürgerlicher Seite die Blamage damit zu vermeiden, daß man behauptet, die erste Fällung von 285 600 Streikenden sei nicht ganz vollständig gewesen. Die veröffentlichten Zahlen sind ein glänzendes Zeugnis der Ausdehnung des Generalstreiks und des musterhaften Ausdauerns der Streikenden.

Gaben des deutschen Proletariats.

Hamburg, 19. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Vorstände der drei sozialdemokratischen Wahlvereine werden auf Grund eines Beschlusses, der gestern in der Versammlung der Landesorganisation gefaßt worden ist, den ausgesperrten und streikenden Genossen in Schweden 10 000 M. überweisen.

Dortmund, 19. August. Das Gewerkschaftskartell hat in Gemeinschaft mit den Ortsvorständen der Gewerkschaften für die Streikenden in Schweden 1000 M. zur Verfügung gestellt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. August 1903.

Herr Franz Behrens und die Logik.

Der christlich-soziale Reichstagsabgeordnete Franz Behrens greift, um sich vor den Arbeitern wegen seiner Stellungnahme zu den neuen Verbrauchssteuern zu rechtfertigen, zu den verwegendsten Mitteln. In der neuesten Nummer seines „Die Arbeit“ betitelten Zeitungsblättchens stellte er mit jener naiven Dreifigkeit, die den hervorragendsten Jug seines Wesens bildet, die unerschämte Behauptung auf, an der Tabaksteuererhöhung wären vornehmlich die Nationalliberalen und Freisinnigen, ganz besonders aber die Sozialdemokraten schuld. Und da er anscheinend fürchtete, daß trotz der geistigen Bedeutung seines Wochenblättchens der von ihm zusammengeschriebene Artikel nicht gelesen wird, hat er einen Sonderabdruck seiner Leistung herstellen lassen, der zurzeit in Massen verbreitet wird.

Auch zum Lügen ist eine gewisse Logik erforderlich. Herr Behrens aber besitzt diese Logik nicht. So „beweist“ er zuerst, daß von vornherein die Nationalliberalen mit einer weiteren Erhöhung des Tabaks bis zur Höhe von 90 Millionen Mark einverstanden gewesen seien und auch die Freisinnigen dabei mitmachen wollten. Daraus folgt, nach den gewöhnlichen Gesetzen der Logik, daß von vornherein die Durchführung der Tabaksteuererhöhung gesichert war; denn da neben den Nationalliberalen und Freisinnigen auch die Konservativen und das Zentrum gewillt waren, den Tabak „bluten“ zu lassen, so war von vornherein eine entschiedene Mehrheit für die Tabaksteuererhöhung vorhanden.

Doch diese Folgerung paßt Herrn Behrens nicht in seine Beweisführung; denn er will durchaus zeigen, daß eigentlich die Sozialdemokratie an der Annahme der neuen Tabaksteuer schuld sein. Während er im ersten Teil seines Artikels auf seine Art beweist, daß für die Tabaksteuererhöhung zu jederzeit im Reichstag eine große Mehrheit vorhanden gewesen sei, unterstellt er also im zweiten Teil, daß trotz dieser großen Mehrheit doch die Annahme der Tabaksteuer nicht erfolgt wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie durch ihre Taktik dieser Mehrheit ihre Abstimmung erleichtert hätte. Wörtlich sagt er:

Trotz alledem war noch keine Mehrheit im Reichstage für die Tabaksteuer vorhanden, denn die sozial gerichteten Abgeordneten, denen die Konsequenzen einer Steuer für die Tabakarbeiter bekannt waren, konnten trotz Tabakvereinen und liberaler Steuerentwürfe in Rücksichtnahme auf die Arbeiter sich noch nicht entschließen, für eine Tabaksteuer zu stimmen. Nun befam in dieser höchsten Not die Regierung kurz vor Beginn der zweiten Lesung des Tabaksteuergesetzes Hilfe von einer Seite, von der sie es wohl nicht erwartet hatte, von den — Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten beantragten nämlich, die geschädigten, arbeitslos werdenden Tabakarbeiter aus Reichsmitteln (aus den Erträgen der Tabaksteuer selbst) zu entschädigen. Dieser Gedanke fand allgemeine Zustimmung. Und nun erklärten arbeiterfreundliche Abgeordnete, die sonst gegen die Steuer stimmen wollten: „Jetzt müssen wir aber doch für die Tabaksteuer stimmen. Der Tabakfabrikantenverein ist mit 40 Millionen einverstanden und die Sozialdemokraten, die sich immer als Arbeitervertreter aufspielen, weisen uns den Weg, wie wir die Arbeiter entschädigen können. Für eine Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter wird sich eine Mehrheit finden. Also schlagen wir in die von den Sozialdemokraten dargebotene Hand ein. Dann tragen die Sozialdemokraten die Verantwortung.“

In seiner Einfalt merkt Herr Behrens gar nicht, daß ein komischer Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Teil seiner Ausführungen besteht. Aber davon abgesehen, hat auch sonst seine Beweisführung ein großes Loch: die Vertreter seiner Fraktion (der Wirtschaftlichen Vereinigung) haben nämlich in der Steuerkommission für die Tabaksteuer gestimmt, noch ehe jemand an den sozialdemokratischen Antrag auch nur denken konnte.

Wie gesagt, auch zum Lügen gehört eine gewisse Dosis Verstand, und da Herr Behrens das erforderliche Quantum dieser edlen Göttergabe nicht besitzt, ist das Ergebnis seiner Bemerkungen nichts anderes als eine komische Bloßstellung seines eigenen Ichs.

Bernsteins Bündnis-Traum.

Eduard Bernsteins Rat, die Demokratische Vereinigung (Wartianer) sollten sich in ihrer Kritik des muslimischen Freisinn gegenüber Mäßigkeit heftigen und eine Brücke zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie schlagen helfen, steht bei den Führern der Demokratischen Vereinigung auf wenig Verständnis, da sie die Qualität des Zimmerstraßen-Freisinn zu genau kennen, um die schönen Illusionen des Genossen Bernstein zu teilen. Nachdem schon neulich Herr Witt Bernsteins feibliche Mahnung abgelehnt hat, schreibt jetzt auch Rudolf Breitscheid in der Wochenschrift „Das Blaue“:

„Bündnisfähig sind die freisinnigen Parteien auch nach der Auffassung der Demokratischen Vereinigung. Was ihnen fehlt, ist nur die Bündniswilligkeit. Einzelne ihrer Mitglieder besitzen sie, aber die große Mehrzahl und die ausschlaggebenden Stellen sind weit von ihr entfernt. Auch jetzt noch, Herr Bernstein! Auch jetzt, nachdem kein vernünftiger Mensch in Deutschland und vor allem im Auslande mehr versteht, warum nicht die große, gemeinsame Front gegen die Rechte genommen wird. Wer eines Beweises bedarf, der höre sich doch nur die Debatte

über die berühmte Einigung des Liberalismus an. Warum gibt's da so viele Schwierigkeiten? Nun, weil die Leitung der Freisinnigen Volkspartei keine engere Gemeinschaft mit Leuten will, die den Gedanken des „Blods der Linken“ vertreten. Herr Bernstein wird mir entgegenhalten, die Zimmerstraßen-Parodie sei nicht der Liberalismus. Sie ist es sicher nicht, aber sie ist die Trägerin der Gedanken jenes Kleinbürgertums, auf das Bernstein mit Unrecht allerlei Hoffnungen setzt. Dieses Kleinbürgertum schilt zwar ein paar Wochen lang auf die neuen Steuern, dann aber läßt es das Vaterland wieder gegen den Umsturz verteidigen. . . .

Ich habe oft so den Eindruck, als ob gerade einige Revisionisten und speziell Bernstein von einem bestimmten Mißgeschick verfolgt würden. Denn nämlich, Fragen, die an sich sehr wohl eine Erörterung verdienen, zu einem möglichst ungeeigneten Zeitpunkt in der Öffentlichkeit anzuführen. Es liegen sich da allerlei Beispiele anführen, aber ich beschränke mich auf den vorliegenden Fall. War's nötig, daß man in einer Zeit, wo die Bewegung durch Warth's Tod ohnehin einen starken Schlag erhalten hat, der „Freisinnigen Zeitung“ und anderen Organen Anlaß gab, das Maul aufzureißen: „Seht ihr, selbst die Revisionisten wollen nichts von ihnen wissen.“ Nicht als ob die Demokratische Vereinigung gerade von der Gunst der Revisionisten etwas Besonderes erwartete, aber man weiß doch, wie ein solches Geschehen auf viele Leute innerhalb des sog. Bürgertums wirkt. Dabei rede ich gar nicht von der Wirkung der ganzen Auseinandersetzung auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft, denn die geht Bernstein an. Vielleicht aber wird die eine wie die andere diesem Harmachen, daß gute Gedanken mit gutem Wein die Eigenschaft gemeinsam haben, durch Lagern zu gewinnen.“

Landtagswahl in Sachsen-Meiningen.

Die Regierung hat soeben den Termin bekanntgegeben, an dem die Landtagswahlen stattfinden sollen. Die Wahl der 16 aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Landtagsabgeordneten ist auf den 4. Oktober anberaumt, während die 8 Abgeordneten der Höchststeuerer am 14. Oktober gewählt werden. Unsere Partei steht dem kommenden Wahlkampfe gerüstet gegenüber. Auf der letzten Landeskonferenz sind bereits die Kandidaten für alle Kreise aufgestellt worden. Genosse Wächter, der bisher Hüttensteinach-Zudenbach im Landtage vertrat, wird in diesem Kreise nicht wieder kandidieren. An seine Stelle tritt Genosse Knauer-Sonneberg, der bisher in Gräfenthal-Behesten gewählt war. An Stelle des letzteren wurde in Gräfenthal Genosse Fischer aus Saalfeld aufgestellt.

Bei den Landtagswahlen wird es sich für unsere Partei mehr darum handeln, den bisherigen Besitz — 7 Mandate — zu wahren, als neue Eroberungen zu machen. Im Salzunger, Hildburghäuser, Meiningen und Camberger Kreise herrschen die landwirtschaftlichen Verhältnisse noch vor, und ist deshalb auch hier, wo die Gegner fast überall mit einem Nischmisch-Kandidaten geschlossen gegen uns vorgehen, an einen Mandaterfolg nicht zu denken. In Gräfenthal-Behesten, wo wir nur mit geringer Majorität 1903 zum ersten Male das Mandat hielten, und in Wöhnitz, wo die Gegner 1903 überhaupt keinen Kandidaten — infolge gegenseitiger Mißstimmungen — aufgestellt hatten, diesmal ist ein Kommerzienrat als Sammelkandidat aufgestellt, wird unsere Partei alle Kräfte aufzubieten haben, um das 1903 zum ersten Male errungene erfolgreich zu behaupten. Die übrigen fünf Kreise Sonneberg, Saalfeld, Steinach-Steinheid, Hüttensteinach-Zudenbach und Salzungen sind sicherer Besitzstand unserer Partei, den uns die Gegner nicht entreißen können.

Warum Weismann Hollweg Major wurde.

Das weiß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu erklären. Es ist nämlich Usus, daß beim Festessen zur Ehrung des Kaisers Franz Josef die Eingeladenen in Uniform erscheinen, sofern sie überhaupt eine militärische Charge bekleiden. Es ging nun nicht gut an, daß der Reichsanwalt als Oberleutnant erschien, nachdem sein Adjutant Hauptmann ist, sonst wäre in diesem Falle der Adjutant der Vorgesetzte seines Chefs gewesen. Deshalb war es nötig, daß Herr v. Weismann Hollweg mindestens Major wurde.

Uebrigens steht dieser Vorfall nicht vereinzelt da; der frühere preussische Finanzminister v. Scholz hatte es beim Militär nur bis zum Gefreiten gebracht. Er wurde vom Kaiser nach seiner Ernennung zum Finanzminister zum Secondelieutenant befördert.

Der erfreuliche Niedergang.

Durch die Presse läuft eine aus der „Deutschen Tageszeitung“ stammende Notiz über den erfreulichen Niedergang der Sozialdemokratie. Dieser Niedergang wird dadurch bewiesen, daß ein paar Orte angeführt werden, in denen die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Vereine einen Rückgang erlitten hat. Ein solcher Rückgang erklärt sich in vielen Fällen aus der wirtschaftlichen Depression, hat also mit einem Zurückgehen der Sozialdemokratie absolut nichts zu tun. Wie dumme die Bemerkung von Niedergang der Sozialdemokratie ist, ergibt sich am besten daraus, daß aus dem vom Parteivorstand soeben erhaltenen Rechenschaftsbericht zu entnehmen ist, daß die Zahl der organisierten Parteigenossen von 57 336 auf 633 300 gestiegen ist; das ist eine Vermehrung um 45 973. Wie viel organisierte Parteigenossen haben demgegenüber etwa Konservative oder Liberale aufzuweisen?

Der katholische Gesellenverein

Ist in Sorge um die vom Lande und den kleinen Orten abwandernden Handwerksgehilfen, die, wenn sie in die größeren Städte kommen, den Weg statt zum katholischen Gesellenverein ins Lager der Sozialdemokratie finden. „Kommt ein katholischer Geselle“ — so heißt es in einem Zimmerstraßen-Artikel, den das Generalsekretariat des Gesellenvereins durch die ultramontane Presse gehen läßt — „in eine Werkstatt hinein, wo freie Gewerkschaftler vertreten sind, so wird er von ihnen in der Regel schon am ersten Tage beizutreten, ihrer Gewerkschaft beizutreten, und alle christlichen Organisationen, besonders aber der Gesellenverein, werden ihm von den „Genossen“ derart geschilbert, daß der junge Geselle es oft gar nicht mehr weagt, den Verein noch aufzusuchen und denselben beizutreten. Was muß da nicht alles herhalten, um den Gesellenverein als mindernützig und rückständig hinzustellen. Nur zu leicht glaubt ein namenhaft unerfahrener Geselle, dem der Gesellenverein noch unbekannt ist, den sozialdemokratischen Verdrehungen und gibt sich keine Mühe, den Gesellenverein kennen zu lernen. Gehört er aber erst einmal längere Zeit der „freien“ Gewerkschaft an, so ist in der Regel seine sozialistische Erziehung so weit gediehen, daß er für den Gesellenverein überhaupt nicht mehr in Betracht kommt.“

Um diesem „Uebelstande“ abzuwehren, hat das Generalsekretariat des katholischen Gesellenvereins eine Einrichtung getroffen, die bestimmt ist, den jungen katholischen Gesellen auf der Wanderschaft Unterkunft zu schaffen und sie — ehe die Sozialdemokraten ihren Einfluß geltend machen können — sofort den Gesellenvereinen zu überweisen. Zu diesem Zwecke werden an die Pfarren der Orte, in denen kein Gesellenverein besteht, sowie an die Präses der Jünglings- und Jugendvereine auf Verlangen provisorische Mitgliedslisten des Gesellenvereins verfaßt, und die hochwürdigen Herren Pfarrer und Präses haben das Recht, den aus ihrer Pfarre oder ihrem Verein abwandernden Gesellen diese Karte auszustellen. Gegen Vorzeigung dieser Karte können die betreffenden Gesellen 14 Tage lang in allen katholischen Gesellenhäusern gegen geringes Entgelt übernachten, sind jedoch gehalten, an den Orten, wo sie Arbeit finden, sich dem Gesellenverein anzuschließen.

Dadurch hofft die Leitung des Gesellenvereins mehr als bisher die katholischen Gesellen für den Gesellenverein zu gewinnen und — wie es in dem Artikel heißt — auch Tausende dem Glauben und der Sitze zu erhalten.

Der „Ehrensold“ der Veteranen.

Der Reichstag hat kurz vor Schluss der Session, ohne daß es in dem Trubel besonders beachtet wurde, ein Gesetz angenommen, wonach bedürftigen Kriegsteilnehmern, die mindestens 60 Jahre alt sind, und deren Einkommen 600 M. jährlich nicht übersteigt, eine Beihilfe von jährlich 120 M. zu zahlen ist. Die alten Veteranen haben sich darüber gefreut, denn sie dachten, daß sie sofort in den Genuss dieser „fürstlichen“ Zulage treten würden. Das war eine Täuschung. Der Bundesrat hat nämlich bisher zu dem Gesetz, das der Initiative des Reichstages entsprungen ist, noch nicht Stellung genommen. Es ist noch immer mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmt. Dann kriegen die Veteranen nichts. Wie heißt es doch in dem bekannten Lied: „Komm, Bruder, nimm den Bettelstab, Soldat bist du gewesen!“

Kreta.

Die Meldungen lauten heute friedlich. Die Pforte soll nach einer Meldung aus Konstantinopel von dem Vorgehen der Schutzmächte auf Kreta so sehr befriedigt sein, daß der Minister des Innern an sämtliche Botsen den Befehl habe ergehen lassen, Maßregeln zur Aufhebung des Boykotts der griechischen Schiffe zu treffen. Mittwochabend wurde dem Minister des Aeußern eine Kollektivnote der Schutzmächte überreicht. Ihr Inhalt wird geheim gehalten. In der Note soll der Standpunkt vertreten sein, daß die Pforte, da die Kretasfrage die vier Schutzmächte angehe, Griechenland in diese Frage nicht hineinzuziehen dürfe. Die Schutzmächte wollen demnach ein Statut für Kreta ausarbeiten.

Eine erneute Besetzung Kretas durch Truppen der Schutzmächte scheint nicht beabsichtigt zu sein. Nach einer Meldung aus Kanea werden die auf der Insel zurückgelassenen internationalen Truppen voraussichtlich noch drei Tage dort gelassen werden, um den Beschlüssen der Mächte Achtung zu verschaffen.

Die griechische Regierung hat nach Konstantinopeler Meldungen um Verlängerung der Frist für die Ueberreichung der Antwortnote bis zum Freitag ersucht und zugesagt erhalten, nach einer Athener Meldung dagegen hätte sie die Note schon am Mittwochnachmittag überreicht. Uns wird aus Konstantinopel berichtet, daß die griechische Regierung dem türkischen Gesandten in Athen mitgeteilt hat, der Hauptmann Eghromilios, ein leitendes Mitglied des mazedonischen Komitees, sei verhaftet worden. Damit wäre ein weiterer Beschwerdepunkt der Türkei aus der Welt geschafft, da die Verhaftung den Willen Griechenlands bezeugt, der griechischen Agitation in Mazedonien ein Ende zu machen.

Oesterreich.

Die Lage des Reichsrats.

Die Konferenz der Vertreter aller Parteien, die am Dienstag in Wien stattfand, um über die Lage des Reichsrats und die Möglichkeit einer baldigen Tagung zu verhandeln, hat ergeben, daß keine Partei, auch die slavische Union nicht, die Verantwortung übernehmen will, die Tagung des Reichsrats zu verhindern. Die slavische Union weigert sich zwar, ohne weiteres zu erklären, daß sie auf die Obstruktion Verzicht leiste, ließ aber doch die Möglichkeit offen, daß sie nicht zur Obstruktion zurückzukehren werde. Ein erster Schritt, das Parlament arbeitsfähig zu machen, ist getan. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Seih, präsentierte der Konferenz ein Aktionsprogramm, an dessen Spitze die Arbeiterversicherung steht.

Frankreich.

Wachsende Militärdienstuntauglichkeit in Frankreich.

Die Fachzeitschrift „La France Militaire“ berichtet, daß von 318 449 für 1900 in die Stammrolle eingetragenen jungen Leuten 29 007 als ungeeignet zum Militärdienst befunden wurden, davon 4499 wegen allgemeiner Körperlicher Schwäche. Die Zahl zeigt ein fortwährendes jährliches Anwachsen und hat sich seit fünf Jahren fast verdreifacht. Wegen Tuberkulose waren 4783 unbrauchbar. Auch diese Zahl weist eine erhebliche Zunahme auf.

Die Zahlen zeigen die Notwendigkeit eines eingreifenden Arbeiterkampfes.

Begnabigungen.

Paris, 10. August. Präsident Fallières hat mehrere wegen Beteiligung an Streikunruhen verurteilte Arbeiter begnadigt, gleichzeitig mehrere der royalistischen Kammacher sowie den gelben Deputierten Vielich, der wegen Siegelbruchs bestraft wurde.

Italien.

Zum Jarenbesuch.

Turin, 10. August. Der Vollzugsausschuß des Arbeiterbundes hat mit großer Majorität die Verhängung des Genesalstreiks als Protest gegen den Jarenbesuch abgelehnt.

England.

Die Finanzbill.

Nach 21 resp. 18 Stunden langen Sitzungen ist in der Nacht zum Donnerstag im Unterhaus die Beratung des ersten Abschnittes der Finanzbill, der 28 Artikel enthält und die verschiedenen Grundsteuerarten regelt, zu Ende geführt worden. 48 Artikel harren jetzt noch der Beratung, aber man nimmt an, daß diese rascher fortgeschritten wird, wenn die Debatte wieder aufgenommen ist, was in der übernächsten Woche geschehen soll.

Mysteriöse Dynamitfunde.

Unter den Kohlenvorräten der Marine in Spithead ist Dynamit entdeckt worden. Auf dem Kreuzer „Duke of Edinburgh“ fanden die Matrosen beim Einnehmen der Kohlen ganze Pakete des Sprengstoffes unter der Kohle. Die Arbeit wurde sofort eingestellt, und die Admiralität ordnete eine Untersuchung an. Der Kreuzer „Dolph“ erhielt Befehl, seine Kohlen wieder zu entladen.

Dänemark.

Ein programmwidrige Parlamentsrede.

Kopenhagen, 10. August. Nachdem zu Beginn der Sitzung des Reichstages der heftige Fall der Präsidenten Mitteilung von dem Kabinetswechsel gemacht hatte, erschien plötzlich eine Dame im Sitzungssaal, nahm vor dem Präsidentenstuhl Stellung und rief: „Hier sitzt Ihr dänischen Männer, handelt und schachtet in Nachbegehrt und Eigentum ein das Wohl und Beste des Landes. Euch soll von diesem Orte gesagt sein, daß die Frauen Dänemarks Euch verleugnen, Euch brandmarken als einen Haufen vaterlandsloser Soldaten, die die Ehre Dänemarks verraten.“ Trotz ununterbrochener Rufen der Präsidentenloge und trotz der Zwischenrufe der Abgeordneten konnte die Dame diese Anrede zu Ende bringen. Sie wurde von Parlamentsdienern aus dem Saale geführt. Es wurde festgestellt, daß es sich um ein Fräulein Westenhof handelt.

Türkei.

Deputiertenreisen.

Konstantinopel, 10. August. Die Deputiertenkammer wählte eine Abordnung, die im September oder Oktober Wien, Berlin und Petersburg besuchen soll.

Marokko.

Du Samaras Fall.

Paris, 10. August. Aus Jex wird unter dem 15. August gemeldet: Ein Brief des Gouverneurs von Uzzang teilt mit, daß der Mohgi bei den Beni Messara Zuflucht gesucht hat. Der Gouverneur ersucht um Truppen, um die Verfolgung aufnehmen zu können. Unter den abgesetzten Hauptern befinden sich auch die zweier Spanier, die zur Artillerie des Mohgi gehörten. Die vom Feinde erbeuteten Waffen sind größtenteils spanischen Ursprungs.

Jex, 18. August. (Meldung der Agence Havas.) Der Sultan hat eine Abordnung der Rifabgeln, die nach Jex gekommen war, um seine Intervention zu erbitten, mit der Erklärung zurückgeschickt, daß er selbst die von den Spaniern begonnene Züchtigung zu Ende führen werde. — Fortwährend treffen noch Jüge von gefangenen Mohgileuten ein. Der Mohgi selbst soll bei dem Stamm der Kumas Zuflucht gesucht haben.

Bombardement der Gruguhöhen.

Melilla, 10. August. Die Batterien des spanischen Lagers bombardierten gestern die Gruguhöhen. Die Batterien der vorgeschobenen spanischen Posten nahmen an der Beschickung teil. Eine Patrouille, welche abgesandt war, wurde von den Rifseuten angegriffen, ohne jedoch Verluste zu erleiden.

Aus der Partei.

In des Genossen Bernstein Mitarbeit am „Berl. Tageblatt“ schreibt die „Leipz. Volkszeitung“:

Die Partei wird darin mit Recht eine absichtliche Provokation erblicken, die den Anzeichen erweist, als wolle ein gewisser Kreis innerhalb der Partei es auf dem Leipziger Kongress zum Stempel treiben. Die Dresdener Resolution, die hier in Betracht kommt, unterläßt ausdrücklich den Parteigenossen die Mitarbeit an solchen bürgerlichen Blättern, in denen die sozialdemokratische Partei gebührende oder hässliche Kritik geübt wird. Daß das „Tageblatt“ unter diese Rubrik fällt, dürfte selbst dem Genossen Bernstein klar sein. Sollte aber das berechnete freundliche Verhalten des „Tageblattes“ gegenüber dem revisionistischen Wackerding in der Partei vom Schlage der Bernstein, Heine, Brand und den schwäbischen Königsbesuchern den Genossen Bernstein zu der Ansicht verleiten, das „Berliner Tageblatt“ gehöre nicht zu der Richtung, in der die Partei gebührend oder hässlich kritisiert wird, so wäre diese Ansicht zwar falsch und liese auf eine Gleichstellung des revisionistischen Flügels mit der Gesamtpartei hinaus, immerhin käme hier Punkt 2 der Dresdener Resolution in Betracht. Er bestimmt, daß den Parteigenossen, die Mitarbeiter solcher bürgerlicher Blätter sind, in denen die Partei nicht gebührend und hässlich angegriffen wird, keine Vertrauensstellungen übertragen werden. Genosse Bernstein ist aber Reichstagskandidat für Breslau. Man darf nunmehr wohl erwarten, nachdem er zum Mitarbeiter der Firma Rudolf Woffe avanciert ist, daß er seine Reichstagskandidatur niederlegt.

Wir nehmen die Sache nicht ganz so tragisch, wie unser Leipziger Parteiorgan, da Genosse Bernstein vielleicht wirklich der Ansicht ist, im „Berliner Tageblatt“ mit einem Organ zu tun zu haben, das die Sozialdemokratie nicht gebührend und hässlich angreift. Es muß ja auch zugestanden werden, daß dieses Blatt bisweilen längere Zeit hindurch sich solcher Angriffe enthält, bis dann bei irgend einer passenden Gelegenheit sich doch einmal verriet, daß es auch die gebührende oder hässliche Kritik an der Sozialdemokratie nicht verschmäht. So z. B. unterstellte es am 9. Juni unbestritten, daß die Sozialdemokratie bisweilen unrichtige Differenzen mit dem Liberalismus schaffe, indem sie gewisse Forderungen übertreibe, nur um konkurrenzlos zu bleiben. (Daß es dann hinterher den „Vorwärts“, der diese Unterstellung gebührend zurückwies, unverschämte anpöbelte, wollen wir dabei nicht anrechnen, da dieser gebührende Angriff schauerweise auf die „Vorwärts“-Redaktion beschränkt wurde.) Genosse Bernstein hätte von jenem hässlichen Angriff auf die Partei Kenntnis haben können, da er in einer höchst lobenden Besprechung seiner Broschüre „Der Revisionismus in der Sozialdemokratie“ enthalten war. Aber vielleicht hat er den Artikel gar nicht gelesen oder ihn längst vergessen. — Was aber die Meinung des Leipziger Parteiblattes angeht, Bernstein sei durch den 2. Absatz der Dresdener Resolution betr. die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern verpflichtet, seine Reichstagskandidatur niederzulegen, so würde sie erst zutreffen, wenn Bernstein öfterer und dauernder Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ werden würde. Daß es dazu kommt, das halten wir denn doch noch nicht für ausgemacht.

Nachdem die obigen Zeilen bereits in Satz gegeben waren, erhielten wir in eingeschriebenem Brief die folgende

Erwiderung.

Folgendes zur Erwiderung auf die mich betreffende Notiz in der heutigen Nummer des „Vorwärts“:

Ich sehe mich nicht veranlaßt, der Redaktion des „Vorwärts“ über meine schriftstellerische Tätigkeit Rede und Antwort zu geben. Die nächsten zuständigen Instanzen hierfür sind der sozialdemokratische Wahlverein für Schöneberg, dessen Mitglied ich bin, und der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, dem der Schöneberger Verein angeschlossen ist. Sollte also auf der am nächsten Sonntag stattfindenden Generalversammlung des Verbandes Beschwerde gegen mich erhoben werden, so wird man mich dort zur Antwort bereit finden. Inzwischen stelle ich es der Redaktion des „Vorwärts“ frei, den Artikel, den ich dem „Berliner Tageblatt“ zur Veröffentlichung überreicht habe, der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu bringen. Da der Artikel sehr kurz ist, müte ich der Redaktion damit nichts Unbilliges zu tun.

Die Bemerkung hinsichtlich der vom „Nimm mich mit“ abgedruckten Artikel erkläre ich zunächst für eine Unrichtigkeit. Schöneberg, den 10. August 1900.

Ed. Bernstein.

Genosse Bernstein weigert sich also mit tapferer Miene, etwas zu tun, was wir nie von ihm verlangt haben. Wir haben nämlich, wie jeder beständig wird, der unsere geistige Notiz gelesen hat, mit keiner Silbe gefordert, daß er uns über seine schriftstellerische Tätigkeit Rede und Antwort stehe. Wir werden uns hüten! Wir sind ja gar nicht kompetent zu solchen Unterfangen!

Genosse Bernstein will uns strafen, indem er uns freistellt, seinen „Tageblatt“-Artikel zu veröffentlichen. Wir sind beschämt über die Ansicht, daß wir solche Strafe nicht verdienen. Denn wir haben nicht behauptet, daß in dem Artikel, der, wie wir schon angedeutet haben, die bedauerliche Mißhandlung des Versammlungsrechts bei Gelegenheit der Friedensdemonstration der Kieler Genossen behandelt, irgend etwas Anstößiges stehe. An der Sache, daß die Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt“ dem Dresdener Beschluß widerspricht, wird durch diesen Umstand indes nichts geändert.

Die Bernsteinsche Bemerkung über Unrichtigkeit läßt uns trotz der Hitze verunsichert sein, so lange Genosse Bernstein nicht deutlicher wird. Vorläufig bemerken wir, daß uns mehrere Nummern des ordentlichen Sensationsblattes „Nimm mich mit“ mit dem blau angelegten Artikel Bernsteins schon vor längerer Zeit von entsetzten Genossen zugesandt wurden. Eine dieser Nummern enthält zugleich das Porträt des Genossen Bernstein, der in einer redaktionellen Anmerkung den unglücklichen Lesern dieses Schandblattes als Mitarbeiter vorgestellt wird.

Der schlechte Bericht des Agitationsbezirks Pfalz.

Wir werden um die Veröffentlichung folgender Erklärung ersucht:

In dem vom Parteivorstand an den Deutschen Parteitag in Leipzig erstatteten Bericht steht es unter Organisation:

„Aus dem Agitationsbezirk Pfalz waren überhaupt keine Berichte zu erhalten.“

Hierzu haben wir folgenden zu bemerken: Daß unser Bericht nicht eingekandt wurde, bedauern auch wir; doch trägt hieran einzig und allein die im zweiten pfälzischen Reichstagswahlkreis Landau-Kaiserslautern stattgefundene Erloßwahl die Schuld. Während dieser Zeit (15. Juni bis 30. Juli) war unser Parteisekretär Genosse Probst demnach mit Wahlarbeiten überhäuft, daß nicht nur der Bericht an den Parteivorstand, sondern auch noch andere Arbeiten unterbleiben mußten. Genosse Probst, der hier von dem Parteivorstand rechtzeitig in Kenntnis setzte, trifft also nicht die mindeste Schuld. Um jedoch den Delegierten des Deutschen Parteitages in die Tätigkeit des Bezirks Pfalz Einblick zu gewähren, haben wir beschlossen, jedem Delegierten ein Exemplar unseres Berichtes zu überreichen.

Der Parteivorstand der Pfalz:
J. A. Bruno Körner, 1. Vorsitzender.
NB. Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Zwei Gemeinderatswahlen in Baden.

Bei der Bürgerauswahlwahl in Zell am Harmersbach (Bad. Schwarzwald) kämpften unsere Genossen, welche das vorige Mal in der dritten Wählerklasse einen ersten Erfolg verzeichneten, diesmal gegen die geeinigten bürgerliche Brüderchaft aller Richtungen. Die sich gegenwärtig wie Todfeinde gegenüberstehenden Blöcke beider Majoritäten traten zu einem Kartell zusammen, um der Arbeiterchaft dieser Wahlklasse die „praktische Arbeit“ auf dem Rathaus zu wehren; dabei hatten sie auf die Mitwirkung des „christlichen“ Proletariats gerechnet. Der Kampf war ein so heftig, daß die Stimmengahl der beiden feindlichen Lager um eine einzige Stimme differierte. Die Höchstzahl des sozialdemokratischen Zetels betrug 73 Stimmen, die Mindestzahl der Bürgerlichen 74. Der Ausgang des Kampfes ist ein ehrenvoller für unsere Genossen.

Ueber einen anderen Auswahlkampf wird aus dem badischen Schwarzwaldstädtchen Dillingen berichtet. Dort verbanden sich die Sozialdemokraten mit den Liberalen in der dritten Klasse zur Bekämpfung des Zentrums. Die Folge war, wie dem „Volksfreund“ berichtet wird, eine sehr flane Wahlbeteiligung und ein Sieg der Zentrumskräfte. Wer die Stimmung in Wollkreisen und insbesondere bei der städtischen Arbeiterchaft gegen das schändliche Treiben der bürgerlichen Finanzreformer der beiden Wollfabrikanten kennt, wird der Sozialdemokratie den guten Rat geben, sich von Bündnissen mit der Bourgeoisie in allen Fällen freizuhalten.

Einen Bannspruch wider die „Leipziger Volkszeitung“

erläßt höchst aufgeregt und feierlicher Weise die Redaktion des „Leipziger Volksblattes für Anhalt“. In auffälliger Weise unterzeichnete und von den Vorstehenden der Landes- und Kreisorganisationen gegenzeichnete Erklärung, worin sie die Darstellung der „Leipziger Volkszeitung“ von der Anhaltischen Landeskonferenz eine „beispiellos verlogene und gehässige“ schilt und zu dem pathetischen Schluß kommt: „Wir erklären hierdurch ein für allemal, daß wir grundsätzlich darauf verzichten, mit der „Leipziger Volkszeitung“, solange ihre gegenwärtige Redaktion sich noch hält, zu polemisieren, weil uns und unseren Lesern im Lande der Elbe vor der Verlogenheit dieses Parteiblattes die Gefahr des Erbrechens zu nahe bringt.“ — Die Parteipresse im Reich sei daher ausdrücklich davor gewarnt, die Lügen der „Leipziger Volkszeitung“ für bare Münze zu nehmen, wenn wir in Zukunft zu ihnen schweigen.“

Die Stellen in der Notiz der „Leipziger Volkszeitung“, die also furchtbaren Horn in Dessau erregt haben, sind die folgenden: „... Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Presse, mit der die Dessauer Genossen selbstredend schon seit Jahren unzufrieden sind. An der teilweise äußerst scharfen Debatte, in der immer wieder das Verlangen nach belehrenden Artikeln zum Ausdruck kam — einer der Redner sagte, das Deutsche Volksblatt sei heute „in Grund und Boden verdammt“ worden — beteiligte sich auch Eisner, der die Ansicht der Rürnberger Redaktion über das Anhalt „Volksblatt“ dahin präzisierete: Das „Volksblatt“ gehöre zu den wenigen individuell aufgeschalteten Parteiblättern in Deutschland, ein Urteil, das etwas nach der Zynus der Pringenergiebers schwand, der seinem erhabenen Jögling ins Zeugnis schrieb: Vom Parteistandpunkt ist seine Auffassung mehr individuell als richtig. Sodann legte sich Genosse Eisner noch für die Errichtung einer großen Parteierbelle in Dessau ins Zeug; durch derartige Unterjüngungsarbeiten würde sich die Partei einen stabilen Mitgliederbestand sichern; denn man müsse den Genossen in der Partei etwas Materielles liefern. Eine Kritik dieses Vorschlags ist nicht nötig. Die Verhandlungen fanden, wie gesagt, im Königreich Preuss statt, und das war schon immer die humoristische Ede der Partei.“

Das einzige, was die Erklärung an Positivem gegen diese Darstellung vordringt, ist dies, es sei nicht wahr, daß ein Redner gesagt habe, das „Volksblatt“ sei „in Grund und Boden verdammt“ worden; vielmehr habe Genosse Bender, der Reichstagskandidat von Anhalt II umgekehrt erklärt: „Ich muß sagen, daß das „Volksblatt“ in den letzten drei Jahren inhaltlich bedeutend besser geworden ist. Es ist auch nicht wahr, daß das „Volksblatt“ heute hier in Grund und Boden verdammt worden ist. Es ist doch zu berücksichtigen, daß es Arbeiter sind, die hier gesprochen haben, die nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen.“

Das „Volksblatt“ scheint nicht zu merken, daß es durch die Ausführung der Benderschen Rede selbst bestätigt, daß ein Redner die in der „Leipziger Volkszeitung“ hervorgehobenen Worte gebraucht hat. Wenn es die „Leipziger Volkszeitung“ für nötig erachtet, wird sie dem „Volksblatt für Anhalt“ das Nötige schon zu sagen wissen. Wir wollen uns auf die Freistellung beschränken, daß die feierliche Erklärung des „Volksblattes“ angesichts der Tatsache, daß es sich selbst in der Polemik gegen ihn unbecommene Aeußerungen der Parteipresse niemals den geringsten Zwang auferlegt, uns als eine der größten Geschmackslosigkeiten erscheint, die uns je vorgekommen sind.

Unsere Tote.

Am Donnerstagsmorgen verlor im Wandsbeler Krankenhaus Genosse Joh. Eittinge im Alter von 45 Jahren. Er gehörte zur alten Garde, denn schon in frühen Jahren, eben den Kinderjahren entwachsen, schloß er sich der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung an. Beiden Heresfäulen des kämpfenden Proletariats hat er bis zum letzten Atemzuge gehiebt. Seit 1890 war er Vorsitzender des Wandsbeler Parteivereins, seit 12 Jahren zweiter Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer, außerdem bekleidete er das Amt eines Vorsitzenden der Prekommission unseres Hamburger Parteiorgans und im Herbst 1900 wurde er in das Wandsbeler Stadtverordnetenkollegium gewählt, in dem er unermüdet für unsere Sache gewirkt hat. Ein Hübe von Gestalt, pflegte er wochenlang seine am Typhus erkrankte Tochter; nun ist er, der opferwillige Vater, selbst der tödlichen Krankheit erlegen. Die Parteigenossen werden unserem Genossen, der auch vor Jahresfrist zum Kandidaten für den ersten Wandsbeler Wahlkreis nominiert wurde, ein dauerndes Andenken bewahren.

Im Befinden des Genossen Hutz ist eine Besserung eingetreten. Das Fieber hat nachgelassen, er verbrachte mehrere Nächte ruhig und ist auch im allgemeinen ruhiger geworden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Geldschrankschlosser aufgehoben.

Die streikenden Geldschrankschlosser versammelten sich am Donnerstagmorgen bei Franke in der Vordstraße, um den Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Der Berichterstatter Otto Handke erklärt, die Versuche, eine Erhöhung der Minimallohne durchzusetzen, hätten zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Man will den Hilfsarbeitern eine kleine Verbesserung zugesichert und ihren Mindestlohn von 38 Pf. resp. 40 Pf. pro Stunde erhöhen, im übrigen den alten Tarif bis zum 1. April 1911 verlängern, zum Unterschied von der Tarifdauer für die Bauwerksschlosser, die bis zum 1. April 1912 abgeschlossen haben. Diese Verschiedenheit im Ablauf des Tarifvertrages entspricht den Wünschen der Geldschrankschlosser. Die Unternehmer verpflichteten sich, keinerlei Maßnahmen vorzunehmen und keinen Streikenden zu schlechteren Bedingungen wieder einzustellen. Handke empfahl den Versammelten, auf diese Vorschläge einzugehen und den Streik aufzuheben. Eine lange Diskussion folgte dem Bericht. Man war enttäuscht und unzufrieden. Verschiedene Redner forderten die Fortsetzung des Streiks. Franke vom Deutschen Transportarbeiterverband und Siering vom Verband der Schmiede traten für Annahme der Vorschläge ein, da nach Lage der Dinge durch die Verlängerung des Streiks keine Vorteile mehr erzielt werden könnten. — Die geheime Abstimmung, die vorgenommen wurde, ergab eine Majorität für die Aufhebung des Streiks. Die Arbeit soll aber erst am Montag wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind noch nicht beendet. Die Aussperrung haben die Unternehmer noch nicht aufgehoben, sie wollten erst die Beschlässe der Geldschrankschlosser abwarten.

Achtung, Schlosser! Die arbeitslosen Schlosser werden darauf aufmerksam gemacht, daß die bestreikten Bauwerksschlosser bis nach Bekanntgabe von der endgültigen Erledigung der bestehenden Differenzen strengstens zu meiden sind.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Einigungsverhandlungen im Hamburger Nangewerbe.

Hamburg, 18. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmerverbände der Bauwerke wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Sämtliche Gewerbe, die an der Bewegung beteiligt sind, erhalten den Lohn, der den Maurern usw. in Berlin zugebilligt ist. Es tritt noch vom 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und vom 1. Juli 1910 von 2 Pf. pro Stunde ein. Man hofft, daß beide Parteien am Sonntag diesen Vereinbarungen zustimmen, so daß der Kampf mit Beginn nächster Woche sein Ende erreicht haben dürfte.

Unternehmensehrenwort?

Aus Cottbus (Anhalt) wird berichtet: Bei Besetzung des Maurerstreiks wurde in Gegenwart des Gewerkevertragsrats Kremer vereinbart, daß Maßnahmen nicht stattfinden dürfen. Auch in den schriftlichen Arbeitsbedingungen, die den Maurern bei Aufnahme der Arbeit zur Unterschrift vorgelegt wurden, heißt es im § 8 wörtlich:

„Maßnahmen von Vorgesetzten, Gesellen und Arbeitern, welche gestreikt haben, sowie solchen, die sich am Streik nicht beteiligt haben oder die Arbeit vor Beendigung des Streiks aufgenommen haben, sind verboten.“

Trotz alledem handeln die Unternehmer anders. Gleich nach Beendigung des Streiks frag der Vorsitzende des Maurerverbandes, Genosse Fink, bei dem Baumunternehmer Schmidt, bei dem er vor Ausbruch des Streiks 15 Jahre gearbeitet hatte, um Arbeit nach. Dieser erwiderte, daß er keine Arbeit habe, stellte aber trotzdem tags darauf und am folgenden Montag zusammen fünf Maurer, darunter sogar zwei ledige, ein. Jetzt wird nun aus sicherer Quelle bekannt, daß laut Arbeitgeber-Verbandsbeisitzer der Zahlstellenvorsitzende Fink ausgesperrt worden ist, ihn also niemand einstellen darf. So halten die Unternehmer ihr Ehrenwort! Sie genieren sich nicht, einen Familienvater mit sieben noch unmündigen Kindern dem Hunger preiszugeben. Dieser Anschlag wird ihnen aber nicht gelingen.

Erfolgreicher Streik.

Nach stebendwöchentlichem Kampfe ist der Streik der Klempner, Installateure, Rohrleger, Heizungsinstallateure, sowie deren Helfer in Danzig am 17. August mit vollem Erfolg für die Streikenden beendet worden. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich fünf Pfennig pro Stunde vorsieht.

Scharfmacher im Tischlereigewerbe.

Wegen des Versuchs der Einführung einer verschlechterten Arbeitsordnung ist seit 6 Wochen die Tischlerei von Hohenthaler in Pfortkirchen (Wagern) gesperrt. Da nun die Arbeit sich aufhäuften und immer mehr unerledigt blieb, aber der Meister trotz aller Bemühungen keine Arbeiter bekommen konnte, erklärte er sich schließlich zu Verhandlungen bereit und einen Vertrag abzuschließen. Da aber nur ein Vertrag, der für sämtliche Betriebe abgeschlossen ist, Wert für die Arbeiter haben kann, so fanden durch die Bauvorsteher Verhandlungen mit den maßgebenden Meistern statt, die auf eine friedliche Verständigung schließen ließen. Inzwischen müssen jedoch außenstehende Scharfmacher Einfluß gewonnen haben; denn anstatt den Tarifvertrag zu unterzeichnen, haben die Tischlermeister sämtlichen Gehilfen gekündigt. Also eine regelrechte Aussperrung.

Die Tischlergesellen in Dirschau haben am Montag die Arbeit einmütig niedergelegt, nachdem eine friedliche Einigung mit dem Unternehmern nicht erzielt werden konnte, weil es absolut keine Zugeständnisse machen wollte. Die Gesellen verlangen eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer im Tischlereigewerbe versuchen durch allerlei Manöver die Sympathien des Publikums zu gewinnen, wobei die bürgerliche Presse natürlich tapfer mitläuft. Man läßt einfach darauf los, um das Publikum zu täuschen.

Soziales.

Die Kalkulationskarten der Invalidenversicherung als Ersatz der schwarzen Liste.

In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß die „Invaliden-Karten“ zur Kennzeichnung der Arbeiter mißbraucht werden. Der Anfang wurde 1907 bei der Aussperrung in Berliner Nangewerbe gemacht. Der Arbeitgeberverband erhielt öffentlich an alle Vorgesetzten, Redakteure: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gerichts-Zeitung.

Der liebebedürftige Magistratsbeamte.

Die Potsdamer Ferienstrafkammer entschied gestern in einer Strafsache gegen den 43 Jahre alten Magistratsamtmann Karl Tarnow, gegen den Strafantrag wegen tätlicher Beleidigung gestellt war. Tarnow war als städtischer Exekutivbeamter mit der Steuererhebung betraut und erlaubte sich auf seinen amtlichen Gängen Intravalligkeiten und Liebenswürdigkeiten, die, wie der zur Anklage stehende Vorfall beweist, in strafbare Handlungen auszuarten drohten. Im April d. J. erreichte ihn sein Verhängnis. Der Angeklagte besuchte im städtischen Auftrage das Haus eines Wagners in der Hohenstraße zu Potsdam. Er benutzte seinen dienstlichen Besuch zu plumpen Häutlichkeiten gegenüber der Tochter des Hauses, mit denen er schließlich an der Grenze der tätlichen Beleidigung landete. Das unqualifizierbare Verhalten des Beamten wurde sofort zur Kenntnis des Hausbesizers gebracht, der dann namens seiner Tochter Strafantrag stellte. — Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, führte zur Verurteilung des Angeklagten wegen tätlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Barchewitz, aus, der Angeklagte habe mit Gewalt unzüchtige Handlungen vorzunehmen wollen, es sei ihm aber die Vorsicht der Handlungsweise, durch die er die Ehre einer Dame schwer gekränkt habe, nicht nachzuweisen. Benneleich auch seine Tat sonst schwere Nachteile über ihn bringe, könne von einer Freiheitsstrafe nicht Abstand genommen werden. Der Verhandlung wohnte als disziplinärer Vorgesetzter Oberbürgermeister Rosberg bei. Die nächste Folge der Verurteilung wird die Entlassung des T. aus städtischen Diensten sein.

Heiratschwindler.

Eine Spekulation auf die Leichtgläubigkeit und Naivität herabstufender Mädchen führte gestern der Kaufmann Alexander Walter unter der Anklage des Rückfallbetruges in 2 Fällen vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist schon mehrfach wegen Heiratschwindels vorbestraft. In jenen Fällen hatte der Angeklagte mehrere Dienstmädchen und Köchinnen, denen er sich als „Alex von Schellhop“ vorstellte, den größten Teil ihrer Ersparnisse und verschiedene Schmuckstücke abgenommen. In den jetzt zur Anklage stehenden Fällen handelt es sich um ganz ähnliche Schwindelaktionen. An einem Sonntag „Hell und Klar“ hatte Auguste M., die bei einer Herrschaft in Charlottenburg bedienstet war, ihren „Ausgang“. Auf der Straße näherte sich ihr mit frühlichem Gruß ein netter junger Mann, der sie ein Stück Weges begleiten wollte. Auguste war nicht spröde, zumal der junge Mann einen ganz netten Eindruck auf sie gemacht hatte. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welchem der junge Mann, der jetzt Angeklagte, einen ersten Anstrich dadurch zu geben wußte, daß er bei dem Vater der M. um deren Hand anhielt. Bald darauf legte er aber auch bei seiner „Zukunftigen“ den ersten Pump an, um angeblickt Sachen für die Ausstattung zu kaufen. Einige schönen Tages erfuhr die M. dann, daß ihr Brautigam nicht nur schon verheiratet war, sondern zu gleicher Zeit auch noch Beziehungen zu einem anderen Mädchen angeknüpft hatte, welches er ebenso beschwindelte. Das Urteil gegen Walter lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen

Die Aretafage.

Konstantinopel, 19. August. (B. Z. B.) Die dem Minister des Neuern gestern abend überreichte Kollektivnote der Schuttmächte erklärt in entschiedenem Tone, für die Lösung der Aretafage seien allein die Schuttmächte zuständig. Wie die Schuttmächte weiter erklären, seien sie entschlossen, den Frieden unbedingt aufrechtzuerhalten, sie würden daher weder das Erscheinen der türkischen Flotte in den kritischen Gewässern noch irgendeine kriegerische Unternehmung gegen Griechenland zulassen. Auf der Pforte umlaufenden Gerüchten zufolge, soll die Note ferner den Zusatz enthalten, daß die Schuttmächte, falls die Türkei dennoch Griechenland angreife, die Integrität des griechischen Staates garantieren und die endgültige Lösung der Aretafage zugunsten Griechenlands herbeiführen werden. Die Note schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Pforte alles tun werde, um die Bemühungen der Mächte für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen.

Die Note, deren Inhalt dem Minister des Neuern noch in der Nacht dem Großwesir telegraphisch übermittelt wurde, rief in den Kreisen der Pforte unverkennbare Ueberraschung hervor. Die Antwortnote der griechischen Regierung, die gestern dem türkischen Gesandten in Athen überreicht worden war, ist heute nachmittag bei der Pforte eingegangen. In der Note wird erklärt, daß die griechische Regierung über das Verhalten ihrer Offiziere und Anführer innerhalb des Osmanenreiches nochmals eine Untersuchung eingeleitet habe, diese habe aber ergeben, daß keine Vergehen dargekommen seien, die so schwerwiegend wären, daß hierdurch die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern gestört werden könnten. Die griechische Regierung werde ihre Freundschaft und Loyalität gegenüber der Türkei auch weiterhin durch die Tat beweisen. — Die Aretafage selbst, wird, wie vorläufig, in der Note nicht berührt. Der Eindruck der Antwort auf die Regierungskreise scheint nicht ungünstig zu sein.

Sieben Menschen ertrunken.

Offenbach a. Main, 19. August. (B. Z. B.) Heute nachmittag unternahm, wie die „Offenbacher Zeitung“ meldet, eine Lehrerin der Offenbacher Katholikenschule mit ihren Schülerinnen einen Spaziergang auf der Frankfurter Seite des Mains. Einige Schülerinnen nahmen ein Bad in der Nähe der Schleuse, als auf bisher noch unangelegte Weise plötzlich Wasser in das flache Bassin strömte. Hierbei gerieten neun Kinder in die Strömung; sechs davon ertranken, drei konnten gerettet werden. Ein Arbeiter, der zur Rettung in den Fluß sprang, ist ebenfalls ertrunken.

Doppelselbstmord.

Graz, 19. August. (B. Z. B.) Der ehemalige Universitätsprofessor Dr. Ludwig Gumplowicz hat mit seiner Gattin gemeinsam Selbstmord begangen. Der Beweggrund der Tat ist darin zu suchen, daß beide Eheleute unheilbar krank waren.

Niedergerannter Güterbahnhof.

Monsins (Dep. Alster), 19. August. (B. Z. B.) Der hiesige Güterbahnhof wurde heute nachmittag durch eine große Feuerbrunst gerührt. Der Schaden ist beträchtlich. Auch Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Verbreitenden die Bitte, aus dem Streikgebiet kommende Leute nicht einzustellen, oder, falls es schon geschehen sein sollte, sie sofort wieder zu entlassen. Wörtlich heißt es weiter, daß die Herstellung und Befriedung so umfangreicher Listen streikender Arbeiter, wie sie für den vorliegenden Fall erforderlich sein würden, sich nicht ermöglichen läßt und auch nicht notwendig erscheint, weil die Herkunft der Leute an der Hand der Quittungskarten für die Invalidenversicherung geprüft werden kann.“ Dieses Vorgehen hat seitdem, nicht nur im Nangewerbe, viel Nachahmung gefunden. Erst in den letzten Tagen erließ anlässlich eines Maurerstreiks in Würzen der dortige Arbeitgeberverband für das Nangewerbe in einer Reihe Zeitungen die Aufforderung, keinen der Streikenden in Beschäftigung zu nehmen. Als Kennzeichen diene die Quittungskarte.

Diese Verwendung der Quittungskarte zur Aussperrung ihres Inhabers verstoßt zweifellos gegen die Absicht des Gesetzes. Im § 130 Z.B.G. heißt es: „Die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Inhabers sowie sonstige durch dieses Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder an der Quittungskarte sind unzulässig. Quittungskarten, in welchen derartige Eintragungen oder Vermerke sich vorfinden, sind von jeder Behörde, welcher sie zugehen, einzubehalten.“ Und § 148 bestimmt: „Wer in Quittungskarten Eintragungen oder Vermerke macht, welche nach § 130 unzulässig sind, . . . kann . . . mit Geldstrafe bis zu 20 M. belegt werden. Sind die Eintragungen, Vermerke oder Veränderungen in der Absicht gemacht worden, den Inhaber der Quittungskarte anderen Arbeitgebern gegenüber zu kennzeichnen, so tritt Geldstrafe bis zu 2000 M. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten ein.“

Wenn nun auch in unserem Falle Vermerke oder sonstige Veränderungen der Karte keine Rolle spielen, so handelt es sich doch zweifellos um eine mißbräuchliche Verwendung der Quittungskarte, wie sie das Gesetz mit den angeführten Verbots- und Strafbestimmungen hat treffen wollen. Die Karten sollen nur der Versicherung, d. h. dem Interesse des Arbeiters dienen, nicht als Kampfmittel gegen ihn verwandt werden. Gerade, um dem sehr regen Mißbrauch der Arbeiter, denen die Erinnerung an die alten Arbeitsbücher noch nicht entschwunden war, den Boden zu entziehen, hat man diese Vorschriften in das Gesetz aufgenommen. In gleichem Sinne spricht sich das Mitglied des Reichsversicherungsamtes Reg.-Rat Dr. Wehmann in seinem Kommentar zum Gesetz aus: „Zweck der Bestimmung des § 130 ist, zu verhindern, daß der Inhaber der Karte in irgend einer Weise gezeichnet werde.“ Sollten die Aufforderungen der Unternehmerverbände daher selbst nicht gegen den Buchstaben des Gesetzes verstoßen (bei dessen Erlaß dachte man offenbar an diese Möglichkeit des Mißbrauchs der Karte nicht), so verstoßen sie zweifellos gegen den humanen Willen des Gesetzes und damit gegen die guten Sitten, die ja sonst im Munde von Arbeitgebern und Behörden eine große Rolle spielen. Ein Versuch, auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches Schadenersatz für eine solche Verhöhnung des gesetzgeberischen Willens zu fordern, muß durchaus als aussichtslos angesehen werden.

Zweifellos zeigt der Trieb der Unternehmer, daß die jetzige Fassung des Gesetzes nicht imstande ist, den Willen des Gesetzes genügend zur Geltung zu bringen, also abänderungsbedürftig ist. Leider aber bringt die Fassung der Reichsversicherungsordnung auch hier keine Verbesserung. Die in Betracht kommenden §§ 1488 und 1543 bedecken sich wörtlich mit den mitgeteilten Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes. Eine Verbesserung ist aber unbedingt notwendig, schon um Schutz der unbeteiligten Arbeiter. Das rigorose Vorgehen der Unternehmer trifft auch eine ganze Anzahl „unschuldiger“ Arbeiter, die mit den Lohnkämpfen gar nichts zu tun haben. Die auf der Quittungskarte verzeichnete Ausgabestelle (Polizeibehörde oder Krankenkasse) ist kein vollständiger Beweis für die Herkunft der betreffenden Arbeiter aus dem Streikgebiet, noch viel weniger natürlich die auf den Karten aufgedruckte Versicherungsanstalt. Trägt die Quittungskarte nicht das jüngste Datum zur Bezeichnung des Ausstellungstages, so kann der Versicherer in gewissen bei ganz anderen Arbeitgebern und an anderen Orten beschäftigt gewesen sein. Der Bezirk der Versicherungsanstalt, die auf den Karten vermerkt ist, nun gar ist — abgesehen von der B.-A. Berlin — so groß, daß die Karte erst recht keine Auskunft über den letzten Beschäftigungsort gibt. Die Maßnahmen der Unternehmerverbände führen daher auch zu großer Verwirrung. Jedenfalls sind sie dem Willen des Gesetzes derart zuwider, daß ein zweifelloser Verbot bei erster Gelegenheit solche Maßnahmen ausschließen muß.

Ein seltener Fall

Wurde gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der fünften Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelt. Der Beklagte Weniger und seine Frau, die beide aus Galizien eingewandert sind, betreiben ein Kurzwarengeschäft und engagieren meist auch das Verkäuferpersonal aus Galizien. Im Oktober 1907 ließ der Beklagte die damals 15jährige Amalie Haber nach Berlin kommen und schloß mit ihren Eltern einen dreijährigen Anstellungsvertrag. B. löste jedoch im März d. J. den Kontrakt, indem er sittliche Verwahrlosung der F. geltend machte. Sie sollte besonders jugendliche männliche Angestellte im Geschäftsbüro zu unzüchtigen Handlungen verleiten haben. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß das Schlafzimmer der Klägerin, die gleich den anderen Angestellten bei ihrem Arbeitgeber logierte, ganz getrennt von den Schlafzimmern der jungen Leute war. Trotzdem wandte das klagende und frühere Mädchen alle ihre Verführungskünste an, um mit dem kaum dem Knabenalter entwachsenen Witangestellten Schäferskindchen zu verleben. Ein 17jähriger Verkäufer befandete, daß ihm die Klägerin eines Tages das Versprechen abnahm, sie abends in ihrem Schlafzimmer zu besuchen. Als er aber in der Dunkelheit leise in ihr Zimmer schleichen wollte, fand er zu seinem nicht geringen Schrecken bereits — den Bruder des Chefs als Besucher vor. Auf dieses lebhaft nachsichtige Treiben wurde schließlich auch der Prinzipal aufmerksam, und er jagte daraufhin sowohl seinen Bruder wie die liebebedürftige Galizierin aus dem Hause.

Das Kaufmannsgericht wies die Klägerin mit ihrem Anspruch auf 357 M. Restgehalt ab. Der Beklagte habe nach Lage der Sache gar nicht anders handeln können. Er hätte mit dem Kuppeleiparagraphen in Konflikt kommen können und hätte als Ausländer auch mit der Ausweisung rechnen müssen. Erschwerend falle für die Klägerin ins Gewicht, daß sie sich an jugendliche Witangestellte in so unlauterer Weise herangemacht hatte.

Die verhängnisvolle Gratifikation. Zu dieser „Notiz“, die Kapetenfabrik Emil Piepmann betreffend, schreibt uns der Firmeninhaber folgendes:

„Fraulein Quedensfeld hat mit Brief vom 21. ein Attest eingereicht, laut welchem sie für eine Zeit von 3-4 Wochen krank geschrieben war. Infolgedessen kündigten wir und zahlten das Gehalt bis zum 1. Juni, das sind 6 Wochen, ohne daß Fraulein Quedensfeld wieder im Kontor erschienen war. Zu bemerken ist, daß Fr. Quedensfeld außerhalb des 14tägigen Urlaubes für eine langwierige Jango-Kur wochenlang Teilkurlaub erhalten hatte.“

Eine Anzahl Arbeiter, die bereits 25 und 20 Jahre in der Fabrik sind, sehen sich mit den Meistern der verschiedenen Abteilungen in Verbindung, um über eine Obolion für mich gelegentlich der am 18. März stattfindenden Feter meiner silbernen Hochzeit zu beraten! Zu diesen Beratungen wurde der Kassierer, der 11 Jahre an erster Stelle im Kontor steht, zugezogen. Dieser Herr erklärte rundweg: das Kontorpersonal beteiligte sich nicht. Infolgedessen liegen auch die Meister und Arbeiter ihren Plan fallen. Nach etwa 3 Wochen kam dieses Verhalten des Kontorpersonals zur Kenntnis meines Sohnes, der dem Kontorpersonal sein Mißfallen über ein derartiges Verhalten ausdrückte. Diese Unterhaltung war ganz privater Natur und ist dies dem Personal ausdrücklich gesagt worden. Ich selbst habe davon erst später erfahren.

Die Gratifikationsfrage hat mit dieser Privatfrage absolut nichts zu tun.“

364 Millionen Mark bringen würde. Am 10. Juli enthielt dann die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ eine Notiz, die ähnliche Berechnungen enthielt. Mit dem Abdruck dieser Notiz kamen die meisten bürgerlichen Blätter, die aus eigenem nicht zu sagen wußten, hinter den „Vorwärts“ hergehinkt. Am 24. Juli machten wir auf die Gefahren eines Wirtstages aufmerksam. Unser „Wirtschaftlicher Wochenbericht“ vom 1. August beschäftigt sich ausschließlich mit der Materie, er enthält den eingehenden Nachweis, daß die Forderung der Brauer jeder Berechtigung entbehrt. Unter anderem heißt es da:

„Die Brauersteuererhöhung macht für 11prozentige Biere ziele 1,70 M., für 12prozentige ziele 1,85 M. aus. Bei einer Preissteigerung von 2 M. pro Hektoliter würden demnach die Brauer schon einen kleinen Uberschuß aus der Abwälzung erzielen. Dieser berechnet sich z. B. für die Schulknecht-Brauerei, selbst wenn man eine durchschnittliche Belastung von 1,90 M. unterstellt, bei gleichbleibendem Absatz auf rund 125 000 M. Unter solchen Umständen ist die Frage einer Preissteigerung von 5 M. gar nicht diskutabel. Ein Aufschlag von 3 M. würde schon folgende finanzielle Resultate haben, wenn man von der Ausnahme einer Belastung von 2 M. pro Tonne für die Brauerereien ausgeht:

Brauerei	Uberschuß aus der Abwälzung pro Jahr über Haupt M.	in Prozent des Aktienkapitals
Schulknecht, Berlin	1 250 000	9
Sagenhofer, Berlin	600 000	9 1/2
Altbrauerei, Essen	150 000	7 1/2
Münchener Brauhaus, Berlin	100 000	5
Weserberg, Berlin	125 000	4 1/2
Böhmisches Brauhaus, Berlin	215 000	6 1/2
Feldschlösschen, Dresden	180 000	7
Binding, Frankfurt	300 000	13
Bodbrauerei, Berlin	225 000	4
Viktoria, Bochum	100 000	5
Altbrauerei, Dortmund	180 000	6 1/2
Union, Dortmund	200 000	6 1/2
Germania, Dortmund	135 000	4

Wir glauben, die Angaben beweisen, daß die von den Braueren geplanten Preisaufschläge nicht gerechtfertigt sind. Aus diesen Gründen haben die Konsumenten alle Ursache, den Attentatsplänen auf ihr Portemonnaie Widerstand entgegenzusetzen. Aber nicht nur sie. Die Birte, welche mit den Braueren in kurzfristigen Eifer an einem Strange ziehen, dienen nicht ihrem eigenen und auch nicht dem Vorteil der Reiner. Diese befürchten, daß die in Aussicht genommenen Preissteigerungen sich für sie in erheblichem Uberschuß auswirken werden. Wehren sich die Birte und die Konsumenten gemeinsam gegen die Absichten der Braueren, dann dürften diese sich doch wohl veranlaßt fühlen, den Forderungen zurückzugeben. Und auch dann wird die Belastung für den Biertrinker noch fühlbar genug bleiben.“

Hier ist auch schon der Nachweis, daß wir die Birte in erster Linie darum angreifen, weil sie mit den Braueren gemeinsame Sache machen. Und so haben wir noch eine ganze Reihe von Artikeln und Notizen folgen lassen, in denen zum Widerstand gegen die Mißgeschickte der Lagerbraueren aufgerufen wird. Eine Verteidigung dieser Belastung, die Direktor Chydzinski von der Bank für Brauerindustrie im „Tag“ unternommen hat, ist z. B. in der Nummer des „Vorwärts“ vom 11. August als auf durch falschen Angaben beruhend zurückgewiesen worden. Und kaum ist ein Tag vergangen, an dem der „Vorwärts“ nicht gegen die Lagerbraueren mobilisierte. Kurzum: kein bürgerliches Blatt hat auch nur entfernt so energisch den Kampf gegen die wucherische Wuchererpropaganda als wie der „Vorwärts“.

Aus Industrie und Handel.

Entwicklung der Fleischpreise im Jahre 1909.

Nach den Berechnungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die monatlichen Durchschnittspreise, die zusammengestellt sind aus den Preisen an fünfzig Markorten, ist seit Jahresanfang 1909 durchweg eine Steigerung der Fleischpreise eingetreten. Folgende Zusammenstellung veranschaulicht das. Es kostete ein Kilogramm Pfennige:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Rindfleisch	154	153	154	154	155	155	156
Kalbfleisch	172	171	171	171	176	176	172
Hammelfleisch	163	164	163	163	164	163	163
Schweinefleisch	155	154	155	155	155	155	159

Nur für Kalbfleisch ist der Preis im Juli gegen die beiden letzten Monate wieder gesunken, bei Hammelfleisch blieb der Preis, der aber von Mai auf Juni um 4 Pf. in die Höhe schmolte, im Juli unverändert. Rindfleisch wurde einen Pfennig teurer, während Schweinefleisch um 4 Pf. im Preise stieg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 20. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Bajazzo. Cavall. rusticano.
Kgl. Schauspielhaus, Goldberg. Neues königliches Opernhaus. (Cura-Oper.) Dippels in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Kellen. Kammerstücke. Freund Jod. Freitag. Trauulus.
Berliner. Einer von unsre Leut. Neues. Sein Sündenregister. Neues Schauspielhaus. Die Döller. Döller.
Thalia. Prinz Buff.
Königliche Oper. Lefland. Kellen. Kimmere dich um Amelie. Geibel. Frau Warrens Gemerdt. Eriamon. Miesewittler.
Lustspielhaus. Familie Schimek. Neues Operetten. Die Döller. Kellen. X=5.
Westen. Der Hele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Mischel.
Schiller Charlottenburg. Ein Ge. Friedrich Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Bauerflöte. Dulken. Der stille See.
Metrovopol. Die oberen Reintausend. Volles Caprice. Drei Frauenhüte. Der Defektur ufo. Anf. 8 1/2 Uhr.
Mysoe. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.

Am Arbeitsmarkt gestalten die Verhältnisse sich wieder ungünstiger, und die Preise fast aller Lebensmittel gehen in die Höhe. So merkt der Arbeiter doch, daß er in einer blau-schwarz registrierten göttlichen Weltordnung lebt.

Das letzte Geschäftsjahr des Stahlwerksverbandes.

Der jetzt auszugewiesene in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes für das Jahr 1908/09 spiegelt eine recht unfreundliche Wirtschaftslage. Die allgemeine Tendenz wird also gezeichnet: Die Abschwächung in der Marktlage, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 eingestiegen hatte, hielt mit geringen Ausnahmen das ganze Jahr hindurch an und übte auch einen ungünstigen Einfluß auf das ganze Geschäftsjahr des Stahlwerksverbandes aus. Die folgende Aufstellung gibt einen Ubersicht über die Versandergebnisse:

	Tonnen	davon in Prozent Inland	Ausland
Halbzweig	1907/08 1 458 445	81,54	18,46
	1908/09 1 417 832	83,73	16,27
Eisenbahnmateriale	1907/08 2 388 658	68,58	31,42
	1908/09 1 980 225	71,75	28,25
Formeisen	1907/08 1 001 895	73,42	26,58
	1908/09 1 403 921	77,73	22,27

Der Gesamtverband an Produkten A erfuhr gegen das Vorjahr einen Rückgang von 925 000 Tonnen, der sich mit 889 493 Tonnen auf Eisenbahnmateriale, mit 179 974 Tonnen auf Formeisen und mit 88 534 Tonnen auf Halbzweig verteilte.

Besonders bemerkenswert an dem Versandanweis ist die Zunahme der Halbzweigausfuhr. Sie beweist, daß die Klagen der reinen Werke über die Preispolitik des Stahlwerksverbandes berechtigt waren. Zu reduzierten Preisen warf man Rohmaterial auf den Weltmarkt und unterband dadurch die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Halbzweigverhändler. Das ist auch ein „Erfolg“ unserer — Schutzpolitik.

Unter dem Druck der Krise.

In dem soeben erschienenen Berichte der Dresdener Handelskammer für 1908 wird betont, daß man ein Krisenjahr hinter sich habe. Der Niedergang der Konjunktur sei schon deutlich dadurch zum Ausdruck gekommen, daß die Einnahmen der sächsischen Staatsbahn aus dem Güterverkehr von 100 1/2 Millionen auf 97 1/2 Millionen Mark zurückgegangen seien. Zum Teil sei das Niedergehen der Konjunktur auch auf die Verrückung zurückzuführen, die die Reichsfinanzreform hervorgebracht habe. Es sei schon lange vorher bekannt gewesen, daß eine Verrückung des Verkehrs und Verkehrs beschäftigt gewesen sei. Dadurch wäre die Unternehmungslust in verschiedenen Industriezweigen gelähmt worden. Durch den Rückgang der Kaufkraft seien sowohl der Großhandel wie der Kleinhandel benachteiligt worden. „Kameralisch“ so heißt es unklar, „ging der Verkauf von solchen Waren, die zum Lebensunterhalt nicht gerade unentbehrlich sind, wie Obst und Süßwaren, Kakao, Bücher usw. zurück. Allenfalls wird geflagt, daß namentlich minderwertige und billige Waren gekauft wurden.“

Viele Betriebe hätten sich aus Mangel an Beschäftigung veranlaßt gesehen, ihre Betriebe einzuschränken, Arbeiterentlassungen seien dabei namentlich von solchen Unternehmern möglichst vermieden, die über einen Stamm bewährter und geschulter Arbeitskräfte verfügten, weil sie befürchten mußten, hier die ausbleibenden Kräfte später bei besserer Geschäftslage keinen geeigneten Ersatz zu finden. „Insbesondere“ so heißt es weiter, „dürften die Arbeiterentlassungen auch im Hammerbezirk einen ziemlich bedeutenden Umfang angenommen haben, denn es wird von allen Seiten berichtet, daß das Angebot von Arbeitskräften ungemein stark war.“

So wird aufs neue bestätigt, daß die Krise für die Arbeiter Arbeitslosigkeit gebracht hat, andererseits erfahren wir auch, daß die Unternehmer nur in ihrem eigenen Interesse handelten, wenn sie mit Arbeiterentlassungen etwas zurückhielten.

Aus der Frauenbewegung.

Mutterschutz und Kindersterblichkeit.

Die geplante Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes hat stark enttäuscht. Nicht allein wegen des Angriffs auf die bewährte Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen. Auch das, was als Entgelt für solche Rücksicht an wirklichen Verbesserungen in Aussicht gestellt wird, entspricht so gar wenig den berechtigten Forderungen der Sozialhygiene. Betrachten wir, was im Mutterschutzgesetz als Anreiz durchgerechneten Mutterschutzes geboten wird. Eine Verbesserung ist es, daß die heute geltende obligatorische Arbeitsruhe von 4 Wochen (seit 1903 ist in § 135, Abs. 5 der Gewerbeordnung eine Mindestarbeitszeit von 4 Wochen bei Verrichtung eines ärztlichen Zeugnisses, sonst von 6 Wochen vorgeschrieben; bei dem niedrigen Krankengeld trifft der Wunsch eines solchen Zeugnisses zumeist bei Wöchnerin und Unternehmer zusammen), gemäß der neuen Vorschrift der Gewerbeordnung, die am 1. Januar 1910 in Kraft tritt, auf 8 Wochen verlängert wird. Davon können 2 vor der Entbindung liegen. Aber diese Verbesserung

ist völlig unzulänglich. Wie unzulänglich, das mögen einige Zahlen dartun.

Auf dem im Juni in Dresden abgehaltenen ersten Kongresse für Säuglingsfürsorge erlittete der Leiter der Gießener Entbindungsanstalt, Professor v. Franqué, ein Referat: Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen- und Säuglingsheim als Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Aus seinen ausgedehnten Darlegungen seien einige Tatsachen mitgeteilt, die sich auf das Sterben der Kinder aus Mangel an Mutterschutz vor und nach der Geburt erstrecken.

In Preußen starben 1893—1897 3,59 Proz. aller Lebendgeborenen in den ersten neun Tagen; in Wien 1898—1902 in der ersten Woche 3,2 Proz. Im ganzen wird berechnet, daß von durchschnittlich rund 400 000 Säuglingsherbeifällen im Deutschen Reich der fünfte Teil (80 000) als Folge von Schädigungen der Mutter in der Schwangerschaft oder bei der Geburt zu kennzeichnen sei. Zusammen mit den rund 80 000 Totgeborenen ergibt das einen jährlichen Verlust von 140 000 lebensberechtigten Wesen als Opfer von Schädigungen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit als vermeidbar bezeichnet werden können.

Der Referent führt dazu aus: „Betrachten wir zuerst die Schwangerschaft, so bedarf es kaum eines Beweises, daß eine schlechtere Ernährung, blutarme, fettich und körperlich heruntergekommene Schwangere nach der Entbindung nicht in dem gleichen Maße und mit der gleichen Bewußtheit wie eine kräftige und wohlgenährte Mutter dem Kinde den einzig sicheren Schutz gegen alle Gefahren des Säuglingsalters: die Brustnahrung, wird reichen können, selbst wenn sie das Kind reif und kräftig geboren hat. Aber nicht einmal das vermag sie in vielen Fällen. Es ist nachgewiesen, daß schlechte Ernährung und schwere Arbeit in der Schwangerschaft nicht nur häufiger zum Tod der Frucht kurz vor der Geburt, sondern auch zu der Geburt unreifer, schwächerer, das normale Durchschnittsgewicht nicht erreichender Kinder führt, die dann natürlich den Gefahren des Säuglingsalters leichter und rascher erliegen, als ausgetragene und vollgewichtige Kinder.“

Zahlenmäßig wird dazu nachgewiesen, daß nicht nur bei den unheilbaren der Tod im Mutterleib häufiger ist, sondern daß auch bei den ehelichen Geburten, in den sozial schlechter gestellten Schichten der Anteil der Totgeburten um 1/2 Proz. höher ist als in den günstiger gestellten.

Das Durchschnittsgewicht der Kinder, deren Mütter in den letzten 6—8 Wochen vor der Geburt nicht mehr schwer zu arbeiten brauchten, übertraf nach dem Franzosen Binard das Gewicht der Kinder, deren Mütter sich nicht hatten schonen können, um 300 Gramm im Durchschnitt. Andere Forscher stellen bei Frauen, die 10 Tage vor der Geburt geruht hatten, ein Neugeborenes von 205 und bei 28 Tagen Ruhe gar von 420 Gramm über das Gewicht von Kindern, deren Mütter unmittelbar vor andauernder schwerer Arbeit zur Geburt kamen, fest. . . . Die Fabrikarbeiterinnen gebären durchschnittlich um 200 Gramm leichtere Kinder als die Hausfrauen. An deutschem Material wurde in 834 Fällen ein deutlicher Einfluß dreiwöchiger Arbeitsruhe vor der Geburt auf das Gewicht der Kinder festgestellt. Außerdem fanden sich bei dieser Gruppe nur 0,8 Proz. Totgeburten gegenüber 1,4 Proz. bei den Frauen, die bis zur Geburt gearbeitet hatten.

Der unheilvolle Einfluß, den verfrühte Wiederaufnahme der Arbeit nach der Geburt auf Mutter und Kind ausübt, ist bereits seit langem Tatsache wissenschaftlicher Erfahrung. Es ist erfreulich, daß die Aufmerksamkeit der Wissenschaft sich nun auch den schädigenden Ursachen, die vor der Geburt wirken, zuwenden. Jedenfalls zeigen aber schon die von uns angeführten Tatsachen, wie völlig unzulänglich die von der Reichsversicherungsordnung vorgesehene (nicht vorgeschriebene) vierzehntägige Schonzeit vor der Niederkunft ist. Was sie ausreichen für die Mutter, falls sie nicht überanstrengt ist, niemals aber für die Frau, die ein vollgewichtiges Neugeborenes zur Welt bringt und daneben zumeist noch ein tüchtiges Stück hauswirtschaftlicher Arbeit zu betreiben hat. Eine obligatorische Schonzeit, die im normalen Fall, d. h. wenn die Mutter gesund und ihre Arbeit nicht zu schwer ist, nicht weniger als vier Wochen betragen müßte, ist das Mindestmaß dessen, was an Schwangerenfürsorge verlangt werden muß. Eine Verlängerung dieser Frist oder eine beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit müßte überall dort eintreten, wo es sich um sehr schwere oder übermäßig lange Arbeitszeit handelt. Und ein völliges Verbot der Arbeit Schwangerer ist zu fordern in Industrien, die, wie die Verarbeitung von Giften, dem Leben des Ungeborenen direkt schädlich sind.

Witterungsübersicht vom 19. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Temperatur	Niederschlag	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Temperatur	Niederschlag	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Strehle	7,5	0	SW	1	18	Wien	7,5	0	SW	1	15
Dresden	7,5	0	SW	1	15	Stettin	7,5	0	SW	1	11
Berlin	7,5	0	SW	1	16	Frankfurt	7,5	0	SW	1	16
Frankfurt a. M.	7,5	0	SW	1	18	Köln	7,5	0	SW	1	13
München	7,5	0	SW	1	16	Bayern	7,5	0	SW	1	13
Wien	7,5	0	SW	1	16						

Wetterprognose für Freitag, den 20. August 1909. Stetlich kühl, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und felschen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Macheth.**
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Bresters Millionen.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bresters Millionen.**
Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Einfache Preise.
Orpheus in der Unterwelt.
Barleske Oper von Offenbach.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend: Salome. Sonntag: Lotate Vorstellung: Holländer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 20. August. Anf. 8 Uhr: Populäre Vorstellung bei halb. Preisen:
Die Bauerflöte.
Sonnabend: Beginn der Schauspielhaus. Zum erstenmal: Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag: Der Widerspenstigen Zähmung.
DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Tanzhusar.
Auf der Gartendüne Anf. 8 1/2 Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark u. Südschweden.
ZOOLOGISCHER ZARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder u. 10 Jahre die Hälfte.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 23, a. d. Lustigen Platz.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Passage-Panoptikum.

Aga!
die schweb. Jungfrau.
Ganz Berlin zerbricht sich wieder d. Kopf über **Aga!**
Der Mann m. d. eisernen Schindl!
Experimente d. IV. Dimension!
Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variete-Theater

Wienbergweg 19-23, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
2. Interessante Spezialitäten
Frei: Am Garten Konzert.
Leben u. Treiben im Trauuland.

Puhlmann's

Schiffbauerdamm 23
Kasseler-Allee 77
Theater
Jungfrau von Berlin.
Der erste Tot. Schwant in 1 Akt.
Miani Neumann, Souverän.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer
Stralsunderstr. 1.

WINTERGARTEN

Das gigantische Eröffnungs-Programm! **Henry Bender**

Truly Shattuck, amerik. Operetten-Diva. Bellechairs Brothers, mod. Gladiatoren. Geschwister Küss, Gymnastik Akt. Miss Marquis mit ihren dressierten Pommies. Six Cutys, musikal. Akt. Miss Julie Sidova, Prima Ballerina von der kaiserl. Hofoper St. Petersburg. Morria Cronin Truppe, moderne Jongleure. Ryan and Hall, American Excentrics. Der Biograph im neuest. Aufnahme.

Apollo Theater

8 Uhr: Das Programm d. Novitäten. 9 Uhr: Eine Haremsnacht.

9³⁰ Uhr: Triumph der Schönheit. Hampati-Sumati, Delvard, Nadrag, Ethel Whitesides u. a. Kassenöffnung 7 Uhr.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Frau Elkam's Friseur. Meine - Deine Tochter. Beide Komödien mit den Autoren Union und Donat Oerzfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Bis 7 Uhr: Promenaden-Konzert im schattigen Sommergarten und Pergola.

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstr. 77/79. **Premiere** **Sonabend, 21. August.** Vorzugskarten überall zu haben.

Schwarzer Adler
Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Inh.: Gebr. Arnhold.
Täglich: Gr. International. Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar. Heute Freitag, den 20. August, ringen: Jackson-Schottland gegen Burgardt-Deckerfeld, Eggberg-Sinnland gegen Sauerer-Bayern. Die Wiederaufnahme des Kampfes Schwarz-Berlin gegen van der Berg-Golfand. Entscheidungskampf: Hilmann-Weffalen gegen Schibitski-Berlin. Vor den Ringkämpfen: Auftreten erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski.

Neue Welt
Hasenheide 100/114. Das neue Programm! **Konzert.**
Anfang 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwochs: „Ernte-Dankfest“. Donnerstags: „Elitetag“.
Mittwochs, Donnerstags und Sonntags: **Großer Ball.**
Veranzeige!
Sonabend, den 21. August: **Großes Sommerfest** der Internationalen Artisten-Loge. Mitwirkung bedeutender Koryphäen.

W. Noacks Theater
Dresdener Str. 10. **Abschied und Heimkehr** oder: **Gedrochene Treue.** Familien Gemälde in 3 Akten. Vorher: **Spezialitäten.** Anf. 7. Sonntag 6. Kassenöffnung 3 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: **Waldschütz** oder: **Die Stimme der Natur.**

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich: **Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.** Mit. Leitung: Walter Gravenitz. Neben Donnerstags: **Elitetag.** Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Schweizer - Garten
Am Königsplatz. Am Friedrichshagen
Täglich: **Theater und Spezialitäten.** Vom 16.-31. August: Neues Programm. — Kinematograph. Volkshilfestellungen. Neben Abend 10 Uhr: **Am Brunnen vor dem Tore.** Lebensbild mit Gesang. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Sommerkarten Lab. Günstigkeit.

Volksgarten - Theater
früher Weimanns Volksgarten. Harry Steiner. Josephine Delicieux. Max u. Moritz. The drei Barretts. Der Attentäter. Volkstheater m. Ges. u. Tanz in 5 Bildern. Heute: **Großes Gartenfest.**

Königsstadt-Kasino.
Solmanstr. 72 (alte Alexanderstr.)
Tägl. 1 herrl. Rotur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung. **Amor auf Irrwegen.** Woffe mit Gesang von Elytonsch. Ely Burgois, Duett Herrmann, Heinz Hauer, Harves and Harves, Louw-Lessen und exzell. Spezialitäten. Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

Passage-Theater.
Ein durchschlagender Erfolg!
Alois Püschel
Edmondo Lucial
The Lingtons
und das großartige August-Programm!
12 erstklass. Variété-Attraktionen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang: 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Erbert, SW., Kreuzbergstr. 48. Neben Freitag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger.** Puffel u. Vorzugst. gültig. Neben Sonntag: **Gr. Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

FRAUEN
Wollen Sie gesund bleiben, so verlangen Sie sofort Prospekt über unsere neueste **Hygienische** Erfindung, die ein Einfachheit Alles in den Schatten stellt. Patentiert in fast allen Kulturländern. Bei vielen Universitätsprofessoren und Frauenärzten im signen Gebräuche. Chem. Fabr. „Nassovia“ Wiesbaden 225.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engellufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal): **Sitzung der Ortsverwaltung.** Dienstag, den 21. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engellufer 15: **Fortsetzung der Generalversammlung.** Sonnabend, den 21. August 1909 in Anton Doekers Festsälen, Weberstraße 17: **Großes Sommerfest** der **Drechsler u. Jalousiearbeiter** bestehend in Gartenkonzert, Spezialitäten und Verlosung. Großer Sommerabendball. Anfang des Konzerts 8 Uhr. Billets Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Tanz frei!

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin. Sonntag, den 22. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Brückner über: „Reichsversicherung“. 3. Diskussion. 4. Erledigung von Anträgen und Anträgen. Kollegen! Zu dieser Versammlung bitten wir recht pünktlich zu erscheinen, da der Referent noch anderweitig verpflichtet ist. Der Vorstand.

Trotz der Tabaksteuer keine Preiserhöhung
meiner bekannt qualitativsten Zigarren, so lange mein Vorrat reicht.
H. Meier, gegr. 1880, Inh. Th. Schnauer,
Berlin O. 17, Madalstr. 15.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Gustav Plage** am 18. d. Mt. an Gehirn-erweichung gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mt., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wilmberg, Bornitzstraße, ausstatt. Frege Beteiligung erachtet. 121/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei - Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 18. d. Mt. früh 4 1/2 Uhr starb nach langem schweren Leiden an der Proletarierkrankheit unser Kollege, der Maler **Otto Uhl** im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen. 197/6 Die Ortsverwaltung Berlin. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. Mt., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Saloni-Kirchhof in Rixdorf statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Am Montag, den 16. August, starb unser Mitglied **Wilhelm Meier.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, nach dem Pauls-Kirchhof, Wilmberg, statt. 64/6 Die Ortsverwaltung.

Für die so überaus liebevolle Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meiner lieben, untergeleiteten Gattin und Mutter **Frau Gertrud Starick geb. Thater** sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. 21/002 **Reinhold Starick.**

Von der Reise zurück. **Dr. med. Alfred Simonsohn,** Zahnarzt, 129. Von der Reise zurück. **Dr. Hoffmann,** Augenarzt, Gr. Frankfurter Str. 184. 9-11. 5-7.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Goldbarität“.

Touren
zum Sonntag, den 22. August.
1. Mt. 21. abends 6 1/2 Uhr, Gdrl. über Bahndorf nach dem Spreewald. 22. früh 2 Uhr: Spreewald. Start: Wiltonstraße 58.
2. Mt. 5 Uhr: Rehm (Tage). 1 Uhr: Teltow (Vreuh). Start: Postlane-Promenade 18.
3. Mt. 6 Uhr: Potsdam (Witte Kloster), Gohm. 1 Uhr: Pichelsdorfer (Freund). Start: Mariannenplatz.
4. Mt. 5 Uhr: Speichthausen 1 1/2 Uhr: Köpenick (Schulz). Start: Köpenicker Platz.
5. Mt. 21. Brandenburg. Start: 12 Uhr. 22. Streifzüge durch den Blumenthal. Start 6 Uhr. 12 Uhr: Bruchmühle. Start: Glosum.
6. Mt. Neue Spinnmühle. Start: 6 und 1 Uhr: Oberberger Straße 28.
7. Mt. 7 Uhr: Senzig. 12 Uhr: Karolinenhof. Start: Köpenicker Str. 8.
8. Mt. 21. Sommerfest (Froh. Wilmberg). 22. 1 1/2 Uhr: Saanowitz (Neumow). Start: Waldstr. 8.
9. Mt. 8 Uhr: Vork. 1 Uhr: Zehlendorf. Start: Schillingstr. 15.
10. Mt. 7 Uhr: Saarmund. 1 Uhr: Teltow (Vreuh). Start: Weberstr. 6.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Walter Wittig & Co.
Hauptplatz, Berlin O. 11, Brunnstr. 35
Führer: Kolthaus Str. 9.
empfehlen „Frisch auf“ - Radfahrer wie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel. Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Kraftbetrieb. 106/3

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.** Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit. Entree 15 Pf.

Cigarettensteuer-Zeichen bieten an sich keinerlei Gewähr dafür, dass die Qualität der Cigaretten dem Preis der Banderole entspricht. Wenn Sie **JOSETTI VERA** CIGARETTEN kaufen, bürgt Ihnen aber der Name „Josetti“ dafür, dass Sie die preiswürdigsten und besten 3 Pfg. Cigaretten erhalten. Josetti Vera m. u. o. M. 10 Stück 30 Pfg.

Peek & Cloppenburg Berlin C. Gertraudenstr. 25, 26, 27. Spezialgeschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung. 2184/6

Konfirmanden-Anzüge

Kat.-No.	Beschreibung	Brustweite in cm	
		70-80	80-86
7390	Schwarz Cheviot	2	13.50
7397	Schwarz Kammgarn	2	16.-
7398	Gerippt schwarzes Kammgarn	2	20.50
7399	Schwarz Cheviot, sehr solide Qualität	2	22.50
7400	Gerippt schwarzes Kammgarn	2	22.50
7401	Schwarz Cheviot, sehr haltbare Qualität	4	24.50
7402	Gerippt schwarzes Kammgarn	2	24.50
7403	Reinwollener Diagonal-Cheviot	2	27.-
7404	Schwarz Tuch-Kammgarn	2	27.-
7405	Schwarz Cheviot, vorzügliche Qualität	2	32.-
7406	Smoking-Anzug aus schwarzem Tuch-Kammgarn mit seidene Schäl	1	62.-
7407	Außerst solider, schwarzer Cheviot	4	35.-
7408	Diagonal-Kammgarn-Cheviot, Ia Qualität	2	35.-
7409	Schwarz Tuch-Kammgarn, elegante glatte Ware	2	35.-
7410	Eleganter schwarzer Diagonal-Cheviot	4	39.-
7411	Reinwollener feiner Cheviot, Ia Qualität, ein- u. zweireihig am Lager	2 u. 4	44.-
7412	Smoking-Anzug aus feinem Nilton-Cheviot mit seidene Revers	3	44.-
7413	Schwarz Cheviot, Sakko und Weste mit Borte eingefalt, sehr elegante Ausführung, ein- und zweireihig am Lager	5 u. 6	44.-

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Wahl! 12. Landtagswahlkreis! Am Sonntag, den 22. August, früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten. Das Wahlkomitee.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 22. d. Mts., findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Der Vorstand.

Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld! Sonntag, den 22. August, früh 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung in den drei Ortsteilen von den bekannten Bezirkslokalen aus statt. Alle Gewerkschaftler und Parteigenossen müssen zur Stelle sein.

Neuenhagen und Umgegend. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus, es findet dafür eine Vollversammlung statt. Nähere Besanmatmachung erfolgt an dieser Stelle. Der Vorstand.

Schönberg bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 21. August, abends 8 Uhr findet im Lokale des Herrn Pätzsch die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Bogels über „Zweck und Ziele der Organisation“; außerdem Reuwahl des 1. und 2. Vorsitzenden.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr findet bei Wolf die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl der Delegierten von Groß-Trebbin. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Parteiangelegenheiten.

Halsenhagen-Seefeld. Sonntag, 22. d. Mts., Flugblattverbreitung morgens pünktlich 1/2 7 Uhr von den Bezirksleitern aus. Alle Genossen haben sich zur Verfügung zu stellen! — Sonntag, 29. d. Mts., nachmittags: Familien-Kaffeeabend in Waldheim. Treffpunkt 2 Uhr bei Richter, Neu-Zintenkrug. Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall.

hat sich gestern in der Mittagsstunde auf dem Gelände der englischen Gasanstalt in Schönberg und der angrenzenden Ringbahn ereignet. Ein 85 Meter hoher eiserner Hebekegel stürzte um und fiel auf einen vorbeifahrenden Sidingzug, ein Wagenabteil wurde zertrümmert. Eine Person wurde schwer, vier Personen wurden leichter verletzt. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten berichtet:

Auf der Gasanstalt in Schönberg wird gegenwärtig ein Gasometer gebaut, der einen Umfang von 200 Metern und einen Rauminhalt von 160 000 Kubikmetern erhalten soll. An der Innenseite des Turmes ist ein 20 Meter hoher Kran errichtet, der auf einem 85 Meter hohen Eisengerüst montiert ist. Die Arbeiter befinden sich nicht auf dem Eisengerüst und nahmen gerade in der Nähe auf dem Hofe der Gasanstalt ihre Mittagsmahlzeit ein. Wenige Minuten nach 12 Uhr begann plötzlich das Eisengerüst zu wanken, anscheinend unter der Einwirkung des herrschenden starken Windes. Die Arbeiter sahen dieses und wollten den Versuch unternehmen, mit Stricken den Einsturz zu verhindern. Ehe sie jedoch dazu kamen, zeigte sich in der Mitte des Eisengerüsts eine Einbuchtung, die merklich stärker wurde, der obere Teil des Gerüsts neigte sich mehr und mehr. In demselben Augenblick näherte sich auf dem etwa zehn Meter davon entfernten Eisenbahngleise ein Vorortzug des Sidingzuges, der nach Tempelhof fuhr. Plötzlich als der Zug sich im Bereiche der Gasanstalt befand und in der Nähe des Gasometers vorbeifuhr, brach das Gerüst mit donnerähnlichem Krachen zusammen, die Eisenteile stürzten über den Gasometer und durchschlugen das Dach eines Wagens der dritten Klasse, der sich inmitten des vorbeifahrenden Sidingzuges befand. Der Lokomotivführer, der eine Entgleisung des ganzen Zuges fürchtete, brachte den Train sofort zum Stehen. Die Schönberger Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Hölter war sofort zur Stelle. Auch der Verband für erste Hilfe traf sofort mit einigen Krankenwagen ein. Die Verwundeten wurden auf den Bahndamm gelegt, dort verbunden und darauf nach dem Lazarett gebracht. Gegen 1/2 2 Uhr trafen die Vertreter der Staatsanwaltschaft auf der Unfallstelle ein.

Die Verletzten Personen

sind: Der 21jährige Reisende Georg Tschauer aus der Grenadierstraße 29, er erlitt einen Schädelbruch, Gehirnerschütterung und Gesichtsverletzungen und wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Der Hausdiener Emil Drey, 23 Jahre alt, aus Rigdorf, Wartestraße 14, der an den Händen und auf dem Rücken verletzt wurde. Er konnte nach Anlegung eines Rotverbandes in seine Wohnung gebracht werden. Frau Marie Ziegenier, 82 Jahre alt, aus Schönberg, Feuerstr. 62. Sie erlitt einen schweren Herzbach und Fleischwunden.

Die leichtest Verletzten, bei denen es sich zum größten Teil um einen Herzbach infolge des ausgestandenen Schreckens handelte, wurden mit den Krankenwagen nach der Unfallstation gebracht, wo ihnen beruhigende Mittel gereicht wurden, und dann nach ihrer Wohnung entlassen.

Amlich wird über den Unglücksfall folgendes gemeldet: Heute zwischen 11 und 12 Uhr vormittags stürzte ein Turm in der englischen Gasanstalt Schönberg ein. Der Turm, 85 Meter hoch, war zum Ausrichten von Material für einen neuen Gasbehälter bestimmt; er fiel auf einen vorbeifahrenden Personenzug und zertrümmerte das letzte Wagenabteil. Eine Person wurde schwer, vier leicht verletzt. Der Verkehr ist wiederhergestellt.

Die Bankräuber aus der Friedrichstraße verhaftet.

Die betrogenen Räuber, die vor einigen Tagen den Bankraub in der Wechselstube von Silbermann, Friedrichstraße 158a, versuchten und den Sohn des Chefs, Artur Silbermann, überfielen, sind ermittelt worden. Ihre Verhaftung erfolgte Mittwochsabend und gestern morgen in Berlin und in Potsdam. Dem überfallenen Silbermann wurden im Laufe der letzten Tage verschiedene Personen gegenübergestellt, von denen er aber keinen als bei der Tat beteiligt gewesen bezeichnen konnte. Auch nach einem Bild, das ihm als dasjenige eines der Räuber vorgelegt wurde, erkannte Silbermann die Persönlichkeit nicht. Den Plan erwarteten ein Kellner und ein Koch, die in Wienische beschäftigt gewesen, dort aber entlassen waren. Zur Ausführung nahmen sie noch zwei Komplizen hinzu. Der Koch heißt Franz Bedzichi und stammt aus Russland, der Kellner ist ein gewisser Artur Polakowski aus Potsdam. Dieser hatte die Bekanntschaft des Speisewagenkellners Friedrich Timm und des mehrfach bestraften Schaufensereindrehers, des 20jährigen Arbeiters Otto Blum gemacht. Blum

war seinerzeit bei den Panamahut- und Pelzdiebstählen in Charlottenburg und Schönberg beteiligt, hat aber seine Strafe bereits verbüßt. Nachdem das Bierbrot die Nacht durchschwärmt hatte, schritt es morgens, nachdem die Rollen genau verteilt waren, an die Ausführung des Raubes. Bedzichi wohnte am Kurfürstendamm, die anderen hatten ihre Schlafquartiere, wo sie unangemeldet Aufnahme fanden. Ueber die Persönlichkeit der Bankräuber und den Raubplan wird weiter berichtet: Der Kellner Artur Polakowski war im Café Sanssouci beschäftigt. Nachdem er seinen Genossen erklärt hatte, daß sie 50 000 bis 60 000 Mark erbeuten könnten, wurde der Tag für den Bankraub festgesetzt. Am Vorabend versammelte sich die Gesellschaft in der Wohnung Timms, Eisasserstraße 47/48, nochmals zu einer Besprechung. Polakowski wollte nicht teilnehmen, um nicht gesehen zu werden. Daher fuhr er um 12 Uhr nach Potsdam zurück. Die drei anderen sollten gleich nach dem Raub mit der Beute in Potsdam zu Polakowski stoßen; dieser sollte dann nach Posen fahren und die anderen dort erwarten. Aus der Wohnung des Kellners Timm hatte die Gesellschaft ein Verschloß mitgenommen; der Koch Bedzichi sollte zuerst den Laden der Wechselstube betreten. Während der Verhandlung mit Silbermann sollte der zweite Genosse hinzukommen; der dritte sollte auf der Straße aufpassen. Bedzichi hatte somit die Aufgabe, den Bankier niederzuschlagen. Die entkommenen Räuber fanden sich wieder in der Wohnung Timms ein und wechselten die Kleidung. Der Hut, den Timm einbüßte, wurde durch einen neuen ersetzt. Dann trat Timm feilenruhig wieder als Speisewagenkellner auf. Als er vorgestern abend gegen 8 Uhr mit dem Hute aus Breslau eintraf, wurde er von der Kriminalpolizei verhaftet. Blume, ein früherer Heizer, wurde als Einbrecher gesucht und in einem Lokal ergriffen. Der Koch Bedzichi wurde aus der mütterlichen Wohnung am Kurfürstendamm herausgeholt. Polakowski aber bei der Eröffnung des Cafés festgenommen und nach Berlin gebracht. Von Posen, wo sich die Bande treffen wollte, sollte die Flucht in Ausland mit dem vielen Gelde angetreten werden. Die Zeit am frühen Morgen wurde bestiegen gewählt, weil man aus dem Schaufenster nur wenig Geld zusammenzuraufen brauchte und der Gefahr, nun gehen zu werden, in geringerem Maße ausgesetzt war. Herr Silbermann, der den Räubern heute morgen gegenübergestellt wurde, erkannte in Bedzichi den wieder, der zuerst den Laden betrat. Wer der zweite war, weiß er nicht bestimmt, weil er den Kellner verloren hatte. Ein Blumenhändler, ein Zeitungshändler und ein Gastwirt glauben in den Verhafteten die aus dem Bankgeschäft Fliehenden wiederzuerkennen.

Orville Wright, der berühmte Aviator, und seine Schwester sind gestern morgen aus London in Berlin eingetroffen, um nach Fertigstellung und Erprobung seines Flugapparates demnächst mit den auf dem Tempelhofer Felde veranfaßten Flügen zu beginnen.

Mit Schließung der Tegeler „Sechserbrücke“ zur Nachtzeit droht der Tegeler Anzeiger, der als Sprachrohr des dortigen Bürgervereins gilt. Es sind vielfach Besprechungen darüber laut geworden, daß diejenigen Personen, welche nach Rittersnack über die Brücke nach Berlin oder auch bloß nach Tegel heimkehren wollen, noch eine besondere Nachsteuer von 10 Pf. zahlen müssen, obwohl sie schon ein paar Stunden vorher das am Tage übliche Brückengeld von 5 Pf. entrichtet haben. Mit Recht sagt man das als eine unbillige Spekulation auf den Geldbeutel auf. Die Brückenverwaltung, aus der Gemeinde- und Gutsbehörde zusammengesetzt, verteidigt ihre Maßnahmen mit den Kosten der nächtlichen Beleuchtung und will dabei nicht bedenken, daß ja die Tageseinnahmen, welche bloß im letzten halben Jahr nicht weniger als rund 20 000 Mark betragen haben, die Beleuchtungskosten auch ohne nächtliche Brückensteuer sehr wohl decken können. Wird die Brücke beleuchtet und kein Nachgeld erhoben, so macht die Verwaltung immer noch ein brillantes Geschäft. Die Schließung der Brücke wird also erst recht dahin verhanden werden, daß die Brückenverwaltung ohne Geldverluste für jede einzelne Leistung nicht gewillt ist, sich verkehrsrechtlich zu zeigen. Wenn die Berliner Ausflügler wegen dieser Säuberung mal erst auf den Gedanken kommen, die Sechser- und Großsechserbrücke zu besichtigen und den Weg über die Humboldtmühle zu nehmen, haben die schlauen Tegeler Interessenten das Nachsehen.

Inzwischen ist der Appetit nach Brückensteuer auch in der Nachbarschaft Tegels rege geworden. Eine zweite Sechserbrücke soll zwischen Tegelort und dem sogenannten Rast erbaut werden. Man kann dieses Verkehrsprojekt, welches für die Berliner Ausflügler keineswegs von so erheblicher Bedeutung ist, nur dann gutheißen, wenn der Verkehr über die neue Brücke ohne jede Steuer freigegeben wird. Die interessierten Gemeinden und Grundbesitzer hoffen natürlich, daß sich die Brücke mit der Zeit durch die vielen Sechser, ebenso wie in Tegel, bezahlt machen wird. Die Berliner bezahlen die Kosten, und die Tegelortler haben die Brücke!

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern morgen in der Prägerei und Stanzerei der Luxuspapier- und Kartonfabrik von Moniak, Lindenstraße 16/17. Dort wurden einem Präger vier Finger der linken Hand total abgequetscht. In bewußtlosem Zustande mußte der Verunglückte mittels Droschke nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Einen Polizeihund gestohlen haben Einbrecher auf dem Grundstück Hochstr. 28. In diesem Hause befindet sich das 82. Polizeirevier, wo auch eine Spürhündin „Diana“ untergebracht ist. „Diana“ muß ein außerordentlich tüchtiger Spürhund sein, denn sonst hätten sich Diebe nicht daran gemacht, den Zwinger, in dem sie untergebracht war, zu erbrechen und die Hündin fortzuschaffen.

Nun wird ein anderer vierjähriger Polizeihund herbeigeholt werden müssen, der „Diana“ ausfindig macht.

Der Wintergarten eröffnete am Mittwoch seine Winterfaison. Wenn man nach dem gebotenen Anfangsprogramm auf den Verlauf der Spielzeit Schlüsse ziehen dürfte, so konnte man nur die denkbar beste Prognose stellen. Vortragskunst, Arabais, Liedrefreue und Tanz kamen zu ihrem Rechte. Im Mittelpunkt des Interesses erfolgreich zu nennenden Abends stand Henry Bender, bisher einer der Sterne des Metropoltheaters, der, wie er selbst in einem seiner zündenden Couplets sagt, wohl dem „Metropol“, aber nicht der „Metropole“, den Rücken gelehrt hat. In ganz erstaunlichen Kraftleistungen produzierten sich die modernen Gladiatoren Belle-Laire Prothors; Körperkraft und Geschicklichkeit geben ihnen in ihren Darbietungen jene Harmonie, die von Künstlern auf diesem Gebiete nur selten erreicht wird. Auch die Gesangsreihe Klös ernteten mit ihrem Chinoistilart Weisoll, desgleichen die Morris Cronin-Truppe mit ihren durch hübsche Lichteffekte unterstützten Jongleurkummern. Von den gesanglichen und musikalischen Programmnummern erregte die Instrumentalgemeinschaft The Six Cutliss beachtliche Bewunderung; auch die amerikanische Operettenschauspielergruppe Chaitou gefiel. Als graziöse Ballettängerin zeigte sich Julie Sadowa von der Petersburger Hofoper. Tanz und Gesang brachte gleichfalls die humoristische Piece Lustiges Leben und Treiben im Freien; von den drei Unterabteilungen dieser Nummer waren die „Winterfreuden in Holland“, ein meisterlich ausgeführtes Kostümstück, am gelungensten. Ferner sei noch Mih Marquis mit ihren dreifachen Bonnies erwähnt; obwohl die Darbietung nichts wesentlich Neues bot, so wirkten doch gerade die durcheinander geschickten, mit denen diese Darstellerin recht überraschend ausgetattet war, höchst bezaubernd auf die Zuschauer. Allgemeines Interesse

find schließlich noch die kinematographisch vorgeführte Landung Zeppelins auf der Isla in Frankfurt a. M.

Treptower Sternwarte. Direktor Dr. F. S. Archenhold wird am Sonntag, den 22. August, nachmittags 5 Uhr, in der Treptower Sternwarte einen Vortrag über: „Die Rätsel des Mars“ halten. Abends 7 Uhr spricht Dr. Archenhold über: „Ein Ausflug in die Sternwelten“ und am Montag, den 23. August, abends 9 Uhr, über: „Das Wiederkommen des Halleischen Kometen“. — Alle diese Vorträge sind durchaus gemeinverständlich gehalten und werden an Hand zahlreicher Lichtbilder erläutert. — Im großen Fernrohr wird zurzeit tagsüber die Sonne, abends ein Sternhaufen im Perseus und der Planet Mars gezeigt. In den kleineren Fernrohren sind außerdem beliebige andere Objekte des gestirnten Himmels, der zurzeit einen besonders interessanten Anblick gewährt, zu beobachten.

Feuerwehrbericht. In der gestrigen Nacht kam in der Friedrichstraße 249, Ecke Velle-Alliance-Platz Feuer aus. Um Mitternacht brannten dort Papier, Lumpen, Rissen und anderes in einem Keller. Der 17. Löschzug beseitigte die Gefahr. In der Kobalistrasse 8 stand abends ein Schlafrum für Schlächter in Flammen. Der 13. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Auf einem Schulencubau in der Amsterdamer Straße brannten gestern alle Kabel und anderes und gleichzeitig in der Markgrafensstraße 92/93 Papier usw. Preshofen hatten sich auf dem Anhalter Güterbahnhof und anderen Stellen entzündet. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Frankfurterstraße 43, Treptowstraße 46, Köhlerer Straße 27, Alt-Stralau 54/55 und anderen Orten gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Bei der Einsichtnahme in die Wählerlisten ist bereits festgestellt, daß eine große Anzahl von Arbeitern und Parteigenossen in die Wählerlisten nicht aufgenommen wurden, weil sie angeblich Unterstellungen aus öffentlichen Mitteln erhalten haben. Diejenigen, deren Namen in den Listen nicht vermerkt sind, haben sofort mündlich oder schriftlich bei dem Magistrat rechtzeitig Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerlisten einlegen. Formulare sind in der Expedition, Martin-Luther-Str. 51, zu haben. Durch diesen Protest soll bezweckt werden, daß ähnlich wie in anderen Städten die einschneidenden Bestimmungen, worauf sich die Nichtaufnahme in die Listen stützt, beseitigt werden. Ebenfalls ein Uebelstand ist die für die Arbeiterschaft ungeliebte Tageszeit, in der die Listen zur Einsicht ausliegen. Die wenigsten Arbeiter können während der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr an den Wochentagen sich von der Richtigkeit der Wählerliste überzeugen. Zweifellos sind für den Arbeiter die Abendstunden viel günstiger. Es wäre daher Pflicht einer einsichtigen Verwaltungsbehörde, der Arbeiterschaft mehr entgegenzukommen. Trotzdem tue ein jeder seine Pflicht und überzeuge sich von der Richtigkeit der Eintragungen in die Wählerliste.

Lankwitz.

Der Eintritt zweier sozialdemokratischer Gemeindevorsteher in das hiesige Ortsparlament wurde vorgestern durch ein Erkenntnis des Potsdamer Bezirksauschusses durchgesetzt. Am 11. März vorigen Jahres fanden in Lankwitz Gemeindevorsteherwahlen statt, aus denen in der 3. Abteilung die Genossen Reinhold Theurig und Paul Radtke als gewählt hervorgingen. Sie wurden mit 263 resp. 264 Stimmen gewählt. Wegen dieser Wahl erklärte sich aber die bisher sozialdemokratische Gemeindevorstellung und beschloß am 24. April vorigen Jahres die Ungültigkeit der Wahl. Die Gemeindevorstellung stütze ihren Beschluß auf vier Punkte. Fürs erste hielt sie die Zeit der Wahl von 5 bis 8 Uhr für zu kurz und sah darin eine Beschränkung des Wahlrechtes. Zweitens wurde geltend gemacht, daß nicht genügende Vorbereitungen für den Wahlgang getroffen waren und daß weber für geregelten Zutritt, noch für ordnungsgemäßen Abgang der Wähler gesorgt war. Das dritte Moment richtete sich gegen die Zurückweisung einzelner Vollmachten, die ungehepelt waren, und viertens beanstandete man, daß die Wählerliste nach Schluß der Wahl unverändert einem Beamten übergeben wurde und das Resultat erst am anderen Tag publiziert worden ist. Gegen die Ungültigkeitserklärung führten die Gewählten Klage beim Teltower Kreisaußschuß, der dem Klagebegehren stattgab und die Ungültigkeitserklärung aufhob. Dagegen reklamierte nun die Lankwitzer Gemeindevorstellung beim Potsdamer Bezirksauschuß. In zwei Beschlüssen ordnete der Bezirksauschuß die Vernehmung der von Lankwitz angebotenen Zeugen an, um den Tatbestand am Wahltage aufzuklären. Der Kreisaußschuß hielt auf Grund der Erhebungen den angebotenen Beweis für nicht erbracht. Der Bezirksauschuß schloß sich dem Urteil des Kreisaußschusses an und verurteilte die Gemeindevorstellung unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf 2000 M. zur Kostentragung. Durch dieses Erkenntnis ist die Wahl unserer beiden Genossen für gültig erklärt und sie gehören nun dem Lankwitzer Ortsparlament an. Selbst wenn die Gemeinde Lankwitz die ihr noch offen stehende Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegt, dürfte an dem Urteil wohl nichts mehr geändert werden.

Lichtenberg.

Jugendauschuss Lichtenberg. Eine Spielpartie nach Johanniethal findet am Sonntag, den 22. d. Mts., statt. Treffpunkt 1 Uhr Frankfurter Chaussee, Ecke Gürtelstraße. Hin- und Rückfahrt 20 Pf. Kaffee 10 Pf. Nachzügler werden um 4 Uhr im Parkrestaurant, Joh. Gasse, Camphausenstr. 12/13, erwartet. Die Parteigenossen und Genossinnen eruchen wir, die Jugend zur Teilnahme an der Partie anzuhalten.

Ober-Schöneweide.

Die Typhusdemonie ist noch immer im Wachsen begriffen. Es sind in den letzten Tagen wieder einige neue Erkrankungen eingetreten. Am gestrigen Donnerstag fand eine Konferenz statt, an welcher außer den Vertretern der Behörden der Kreisarzt und sämtliche Ärzte des Ortes teilnahmen, und in welcher neue Maßnahmen beraten worden sind, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevorstellung wählte in der am 17. August abgehaltenen Sitzung an Stelle des zunichten von der Vertretung gewählten und von dem Kreisaußschuß und Bezirksauschuß nicht benötigten Gemeindevorsetzers Bloede den Gemeindevorsetzer Woldebenhauer zum Gemeindevorsetzer. Im Anschluß hieran wurde eine Erklärung von elf Vertretern verlesen, nach welcher dieselben von der Wiederwahl des Herrn Bloede lediglich aus Rücksicht auf die zum dritten Male in Aussicht stehende Nichtbestätigung Abstand genommen haben. Die Unterzeichneten eröfneten Herrn Bloede trotz zweimaliger Nichtbestätigung durchaus geeignet zum Schöffenantritt. — Die am 27. Juli erfolgte Wahl des Gemeindevorsetzers Lange zum Gemeindevorsetzer ist von dem Landrat bestätigt. — Die Vertretung nahm Kenntnis von dem Dankschreiben der Witwe des verstorbenen Bürgermeisters Klut sowie von dem Beileidschreiben der städtischen Körperschaften der Nachbargemeinde Köpenick. — Der Vertretung der königlichen Regierung, den Gemeindevorsetzern die nach dem neuen Lehrer

besoldungsgesetz zustehenden Normalgehaltsätze, rückwirkend vom 1. April 1908, zu zahlen, stimmte die Vertretung einstimmig zu. Nach diesen Sätzen beträgt das Grundgehalt (ausschließlich der Nebeneinkünfte) und der neunmaligen Alterszulage) für Lehrer 1400 M., für Lehrerinnen 1200 M. (bisher 1150 M.), für technische Lehrer 1100 M., für technische Lehrerinnen 1000 M. (bisher 900 M.). Noch nicht festgestellte Gehaltsätze erhalten ein Fünftel weniger als das Grundgehalt. Die rückwirkende Nachzahlung kommt jedoch nur für diejenigen Lehrpersonen in Frage, die bereits am 1. April 1908 amtierten. Der Beschlußfassung über etwaige Ortszulagen kann die Vertretung jedoch erst näher treten, wenn eine Einigung mit den in Betracht kommenden Vorortgemeinden über die gleichmäßige Festsetzung der Ortszulagen erfolgt ist und der Gemeinde wie bisher ein Staatszuschuß gewährt wird. — Der Pachtung einer Fläche auf dem Bahnhofsgebiete zur Aufstellung eines Bedürfnisanstalts für eine jährliche Anerkennungsgeldgebühr von 6 M. wurde zugestimmt. — Zum Schiedsmann und dessen Stellvertreter wurden gewählt die Vertreter Kunzle und Kuntz. — Der Kaufvertrag der Witwe Dargelheimer stimmte die Vertretung zu. Das Grundstück der Verkäuferin liegt an der Durchbruchstraße zwischen der Friedrich- und der Schornweberstraße. Durch den Kauf ist namentlich der Straßendurchbruch ermöglicht. — Die Beschlußfassung über die Annahme eines Legats von 500 M. mit der Verpflichtung, 30 Jahre zwei Gräber zu pflegen und in Stand zu halten, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Kirchhofverwaltung soll um eine Erklärung ersucht werden, ob sie bereit ist, die Gräber zu einem Jahresbetrage zu pflegen, der die Zinsen des Legats nicht übersteigt. — In geheimer Sitzung wurde über die Angebote des Grundstückszusammenlegungs-Verfahrens im östlichen Gemeindebezirk sowie über die Festsetzung der Dienstbezüge und Anstellungsbedingungen des zu wählenden Gemeindeverwalters Beschluß gefaßt.

Weissenfee.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eröffnung der Sitzung gab der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins eine Erklärung ab, daß er nicht der Verfasser der Protestresolution sei, die Veranlassung zu einer Besprechung in voriger Gemeindevertretung gab. Diese Debatte sei in der Versammlung des alten Grundbesitzervereins wiedergegeben worden, dort sei festgestellt worden, daß gerade der Vorsitzende des ersten Vereins, der in der Gemeindevertretung sich nicht auf den Standpunkt der Resolution stellte, der Verfasser derselben sei. Eine Kommission, der er allerdings angehört, habe die Resolution verfaßt. In der betreffenden Grundbesitzerversammlung sind auch unserem Genossen Fuhrmann Säge unterschrieben worden, die er nicht geschrieben hat. 8000 Mark wurden für 1909 als Beitrag zu den Polizeilöhnen gefordert und auch bewilligt. Weiter wurden 7500 M. bewilligt zur Erweiterung der Heizungsanlagen in der 8. Gemeindeschule. Die Dienstentfälschung eines neuen Standesbeamten wurde auf 1800 M., steigend bis 2400 M. festgesetzt. Die Besetzung des Kreuzfußes an der Turnhalle mit Statuen wurde beschloffen und die Mittel zur Beschaffung von 1000 Stück Korpensbrut bewilligt. Der in voriger Sitzung angenommene Nachtrag zur Vermögenssteuer bedurfte noch einiger Veränderungen, die diesmal ebenfalls angenommen wurden. Die Königshausen vom Schloßplatz ab, die Berliner Straße bis zur Rembrandtstraße sowie die Große Seestraße sollen eine bessere Beleuchtung erhalten; zur Vertiefung kommt das bereits an anderen Stellen eingeführte hängende Glühlicht. Ein Beschluß von großer Bedeutung ist, daß man sich endlich entschloß, den Trianonpark freizulegen. Der Statenzahn an der Königshausen soll entfernt werden; man wird namentlich einen freien Blick durch den Park auf den See haben. Eine seit langem vertretene Forderung unserer Genossen, Parianlagen zu erwerben und dem Publikum freizugeben, kommt somit immer mehr zum Durchbruch. Die Feststellung und Entlastung der Gemeinderrechnung für 1907 zeitigte noch eine kleine Debatte seitens der Hausbesitzer. Herr Fechner hat, wie er selbst sagte, nach langem Suchen entdeckt, daß aus dem Kapitel Wassererziehung 14 000 M. Ueberschuß herausgewirtschaftet ist, dieser Ueberschuß läme den Hausbesitzern zugute, die manchmal tränenden Augen den Wasserzins nach dem Rathaus tragen müssen. Der Herr betonte, die Hausbesitzer müssen sowieso schon den Löwenanteil der Steuern tragen, Ueberschüsse herauszuwirtschaften, halte er für ungerechtfertigt. Die Genossen Fuhrmann, Laubmann und Frensch hielten den Herrn Hausbesitzer vor Augen, daß doch gerade erst die Mieter den Hauswirten dazu beihilfen, Steuern zu zahlen, denn die Hausbesitzer hätten doch ihre Häuser nicht bloß der Mieter wegen, sondern um ein einträgliches Geschäft zu besitzen. Natürlich stach

man in ein Wespennest, und gerade Herr Fechner geriet so in Harnisch, daß er erklärte, in Zukunft komme es bald soweit, daß die Hausbesitzer überhaupt nichts mehr zu reden haben. Ja, er forderte den Vorsitzenden auf, die ewigen Anzuspungen durch Ordnungsrufe zu unterbinden, was selbstverständlich abgelehnt werden mußte, da keinerlei Veranlassung zum Einschreiten vorlag.

Nieder-Schönhausen.

Der Gesangverein „Zukunft III“ feiert am Sonntag, den 22. August, sein 15jähriges Stiftungsfest im Lokal von Seitelorns „Waldschlösschen“, Lindenstr. 1. Da sich genannter Verein bei Parteifestlichkeiten zur Verfügung stellt, bitten wir die Parteigenossen um recht rege Beteiligung.

Grünau.

Am Sonntag nachmittag veranstaltet der hiesige Arbeiter-Gesangverein auf dem Spielplatz ein Waldfest. Für Unterhaltung und Spiele für die Kleinen wird bestens gesorgt. Da keinerlei direkte Kosten entstehen, wird das Fest von der Arbeiterschaft hoffentlich recht rege besucht.

Vornum bei Potsdam.

Die Spiritusexplosion, über die wir gestern berichteten, hat leider noch ein zweites Opfer gefordert. Das 15jährige Kindermädchen Verta Tzallig ist ebenfalls vorgestern nachmittag im St. Josephs-Krankenhaus in Potsdam seinen Leiden erlegen.

Spandau.

Auf Anregung des Genossen Stadtverordneten Piez, welcher der Gasdeputation angehört, wurde vor etwa einem Jahre in der städtischen Gasanstalt eingeführt, daß den in der Anstalt beschäftigten Arbeitern zur Stillung ihres Durstes unentgeltlich Kaffee verabfolgt wird. Diese Anregung hat einen schönen Erfolg gezeitigt, denn infolge des Kaffeegenusses hat der Verbrauch an alkoholischen Getränken wesentlich nachgelassen. Zur Deckung des Jahresbedarfs an Kaffee hat die Gasdeputation 1000 M. bewilligt.

Vermischtes.

Einem schweren Verbrechen kam man vorgestern in Sorau (Lausitz) auf die Spur. In der Nähe des Dorfes Schönwalde fand der Streckenwärter in einem Gebüsch neben dem Bahngleise eine etwa dreißigjährige, anscheinend den besseren Ständen angehörende Frau mit schweren Verletzungen besinnungslos auf. Am Kopf hatte sie eine kaffeebraune Wunde, der Hals und die Arme waren mit Blut bedeckt. Am den Hals der Verwundeten war eine Schürze gefaßt, mit der sie anscheinend gewirkt worden war. Der Wärter alarmierte die Polizei, und diese veranlaßte die Uebersführung der Frau nach dem Krankenhaus in Sorau. Nachdem sie zeitweilig zur Besinnung gelangt war, konnte sie angegeben, mit einem Manne namens Jakob Brauer aus Charlottenburg am Sonntagabend 11 Uhr 45 Minuten von Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, mit dem D. 4 Juge abgefahren und während der Fahrt überfallen worden zu sein. Sie verlor hierauf das Bewußtsein, das sie bis zur Stunde noch nicht wieder erlangt hat. Aus der Schilderung geht hervor, daß sie anscheinend im Eisenbahnabteil von rückwärts überfallen und durch einen mit einem stumpfen Instrumente ausgeführten Schlag über den Kopf betäubt wurde. Der Täter warf seinem Opfer dann die Schlinge um den Hals und versuchte, es zu erwürgen. Dann schleuderte er die Frau aus dem Juge ins Gebüsch. Dem Anscheine nach handelt es sich um keinen Raubmord, da bei der Verwundeten, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, ein Barbetrag von 60 M. gefunden wurde.

Ueber das Verbrechen berichtet „S. L. A.“ folgende Meldung: Sorau, 19. August. Am Montag wurde auf dem Bahnhof zwischen Gassen und Linderode eine Damentasch mit circa 60 M. und eine Fahrkarte Berlin-Posen gefunden. Am Dienstag ist an derselben Stelle ein Hut gefunden worden. Daraufhin suchte eine Schrankenwärterin den Bahnhof an Dienstagnachmittag ab. Sie hörte um 4 Uhr ein leises Wimmern und fand in einem dichten Gebüsch am Bahndamm die schwerverletzte. Sie konnte in einigen Worten angeben, daß sie von einem gewissen Jakob Brauer aus Charlottenburg aus dem Schnellzuge in der Nacht von Sonntag zum Montag gestohlen worden sei. Heute nachmittag 1/4 Uhr ist die schwerverletzte gestorben. — In ihren Fieberphantasien nannte sie häufig den Namen „Auguste“.

Entgleist. Amlich wird vom gestrigen Tage aus Riesa gemeldet: Von dem heute früh 4 1/2 Uhr von Höderan hier einfahrenden Zug 8482 entgleiste die Lokomotive und ein Personen-

wagen durch Anfahren einer Rangiermaschine. Zwei Reisende wurden leicht und der Reservelokomotivführer schwer verletzt.

Zehn Personen vom elektrischen Strom getötet.

Einer Meldung aus Lecco zufolge fiel im benachbarten Olginate ein Kabel mit hoher elektrischer Spannung auf die Leitungsbrücke der elektrischen Ortsbeleuchtung. Infolgedessen entstand in den mit elektrischer Beleuchtung versehenen Häusern Feuer. Bei dem Versuche, dieses zu löschen, kamen viele Personen mit den Drähten in Berührung; zehn wurden wie vom Blitz erschlagen, zwanzig erhielten mehr oder minder schwere Brandwunden. Die Bevölkerung von Olginate ist in größter Aufregung. Von Lecco sind sofort Feuerwehrlente mit allen Hilfsmitteln dorthin abgegangen.

Eine Mutter und drei Kinder in den Flammen umgekommen. Wie aus Amsterdamm gemeldet wird, brach gestern früh in Zaandam ein großer Brand aus, durch den fünf Häuser in Asche gelegt wurden. Eine Mutter mit drei Kindern ist in den Flammen umgekommen.

Schiffsunfälle an der französischen Küste. Pariser Morgenblätter melden gestern gewaltigen Sturm an der atlantischen Küste Frankreichs, der den ganzen Tag über wüthete und sich auch hier fühlbar machte. Es werden verschiedene Schiffsunfälle gemeldet. Bei West hörte man ankaltend Rottsignale eines Dampfers, man konnte ihm aber keine Hilfe bringen. Heute früh wurden zwei Leichen von Matrosen aufgefischt. Zwei Segelschiffe sind gescheitert.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 47. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Sühnliturgie. — Der Massenstreik in Schweden. Von Holmar Branding. — Der Bauer als Erzieher. Von H. Hofner. — Heimarbeit und Heimarbeitersicherung in der Schweiz. Von Dionys Zimmer. — Amerikanische Rundschau: Arbeiter-Gesundheitskassen 1910. Von Dr. Georg Wagner, Danau. — Kritiken: Steuererleichterung! Von Eugen Prager, Köln. — Zur Lage der Arbeiterklasse in Elsaß-Lothringen. Von Aug. Blich, Wülhausen i. E. — Zur Einsegnung. Von Heinrich Kneuf. — Zeitgeschichten. — Bibliographie des Sozialismus. — Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 19 und 20: Dellen v. Lilienron. Von H. Strödel. Der Ingenieur. Von Joseph August zur Zebana Joseph Windemann. Von H. Mehring. Die Museen und die Arbeiter. Von Fr. Förster. — Bisherig: Hengel Hotel, Lebensgang eines deutsch-schweizerischen Handarbeiters. C. Katschko. Die Entwicklung der Dampfmaschine. Kammerer, Die Technik der Lastenbeförderung einst und jetzt. — Rote Blätter: Derselbe und anderer. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Künftiger Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr ziemlich stark, Geschäft sanft, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft in Wild lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr gering, in Gänsen über Bedarf, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise für Butter höher. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr über Bedarf, Geschäft sehr still, Preise wenig lebendig.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 8.	seit 17. 8. am 17. 8.	Wasserstand	am 18. 8.	seit 17. 8. am 17. 8.
Remel, Mühl	147	-5	Saale, Großsch	62	-4
Regel, Ansternburg	23	+2	Davel, Spandau	46	-3
Wesche, Thoen	80	-4	Wattenow	31	-2
Oder, Rathor	88	-1	Spree, Spremberg	70	0
„ Krossen	88	-1	„ Beeston	74	-2
„ Brandsturt	98	-6	„ Wänden	107	+1
„ Watzke, Schrimm	22	-4	„ Wänden	32	0
„ Landsberg	6	-1	Rhein, Maximilianstau	446	+2
„ Rega, Gerdamm	30	-3	„ Staub	210	-4
„ Eide, Leimberg	38	-1	„ Rölln	197	-7
„ Drosden	153	-7	„ Redar, Heilbronn	41	+1
„ Barbo	83	-5	„ Rain, Hertheim	94	-2
„ Ragedburg	90	+2	„ Rostel, Trier	—	—

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — ? Unterpegel.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

Freitag, Sonnabend

Leipziger Strasse: Versand-Abteilung
Versand nach ausserhalb erfolgt prompt.

FRANKFURTER ALLEE

soweit Vorrat

Lebensmittel besonders für Restaurateure und Pensionate geeignet

Konserven 1909 neue Ernte	Stangenspargel extra stark 1/2 Dos. 1 ⁵⁵	Brechspargel prima Ia 1/2 Dos. 1 ¹⁰	Leipziger Allerlei mittl. 1/2 D. 45 Pf.
	Stangenspargel prima . . . 1/2 Dos. 1 ⁴⁵	Brechspargel 1/2 Dose 70, 85 Pf.	Erbsen u. Karotten Ia 1/2 D. 75 Pf.
	Stangenspargel 1/2 Dos. 1 ⁰⁵	Leipziger Allerlei extra 1/2 D. 98 Pf.	Erbsen u. Karotten II 1/2 D. 55 Pf.

Prima Rheinisches Apfelkraut 2 Pfd.-Dose 75 Pf.	Melange-Marmelade 5 Pfd.-Elmer 1 ⁰⁵ 10 Pfd.-Elmer 2 ¹⁰	Allerfeinster Bienenhonig garantiert rein Glas ca. 1 Pfd. 98 Pf.
-------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------

Kolonialwaren	Fisch- und Räucherwaren	Butter und Käse	Fruchtsäfte und Limonaden
Täglich frisch gerösteter Kaffee Unsere Spezial-Mischung No. I II III IV V VI Pfd. 95 Pf. 1 ⁰⁸ 1 ¹⁸ 1 ³⁸ 1 ⁵⁸ 1 ⁷⁸	Sardinen in Oel Dose 38 Pf. Sardinen in Oel Marke Perrier . Dose 65 Pf. Ia. Kronenhummer 1/2 Dose 2 ¹⁵ Fst Bismarckheringe . . ovale Dose 42 Pf. Fst. Bratheringe ovale Dose 36 Pf. Fst. Nordseekrabb. 1/2 D. 40 1/2 D. 75 Pf. Matjes-Gabelbiss. D. 40, 70, 95 Pf. Sprotten in Tomaten Dose 55 Pf. Prima Räucherlachs Pfd. 80 Pf.	Allerfeinste Tafelbutter Pfd. 130 Feinste Essbutter Pfd. 120 Echter Emmenthaler Käse . Pfd. 105 Prima Schweizerkäse Pfd. 70 Pf. Feinster Edamer Käse Pfd. 80 Pf. Prima Holländer Käse Pfd. 105 Prima Tilsiter Käse Pfd. 57 Pf. Feinster Münster Käse Pfd. 95 Pf. Deutscher Camembert . . . 2 Stk 45 Pf.	Prima Kirschsaff 1/2 Fl. 80 Pf. Prima Himbeersaff 1/2 Fl. 80 Pf. Prima Himbeersaff Ia . . . 1/2 Fl. 100 Johannisbeersaff 1/2 Fl. 100 Citronensaff mit Zucker . . . 1/2 Fl. 105 Grenadin Ia 1/2 Ltr.-Fl. 1 ¹⁰ 1 Ltr.-Fl. 170 Halb u. Halb Spezialität . . . 1/2 Fl. 100 Köhler-Sect alkoholfrei Fl. 25 Pf.

Fleisch- und Wurstwaren	Pommersche Cervelat . . . Pfd. 1 ¹⁰	Allerf. Kalbsleb.-Wurst Pfd. 95 Pf.	Fst. Mettwurst Braunsch. Art. Pfd. 85 Pf.	Pa. Zwiebel- u. Rotwurst. Pfd. 42 Pf.
	Pommersche Salami . . . Pfd. 1 ¹⁰	Feinst. Landleb.-Wurst Pfd. 85 Pf.	Fst. Sardellenleber-Wurst Pfd. 1 ⁰⁰	Pa. Delikatess-Sülze . . . Pfd. 65 Pf.
	Teo-Wurst Na. Pfd. 1 ¹⁰	Fst. Halle'sche Leberwurst Pfd. 1 ⁰⁰	Prima Fleischwurst . . . Pfd. 85 Pf.	Cassler Rippespeer . . . Pfd. 85 Pf.

Junge Brathühner Stk 70, 90 Pf. 1 ¹⁰	Junge grosse Tauben Paar 1 ¹⁵	Junge Enten Stk 2 ⁵⁰ 2 ⁸⁰ 3 ⁵⁰
-----------------------------------------------------------	----------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------

Prima Hirschwild	Ragout 30 Pfund	Blatt 60	Kuife 85	Rücken 95 Pf.	Prima Rehwild	Keule 500	Rücken 700	800	900
-------------------------	-----------------	----------	----------	---------------	----------------------	-----------	------------	-----	-----

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.